

Titeldaten

Titel: Hamburgischer Correspondent: *Morgen-Zeitung d. Börsen-Halle*
Datum: Dienstag, den 16. April 1872
Band: 142
Ausgabe: 115, 16.04.1872
Standort: Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
Signatur: n.n.

PURL: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN689065124_18720416

Rechtehinweis

Public Domain Mark 1.0

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



<https://creativecommons.org/publicdomain/mark/1.0/>

Ergänzender Hinweis

Möglicherweise benötigen Sie zusätzliche Erlaubnisse für die beabsichtigte Nutzung. Zum Beispiel, weil Persönlichkeitsrechte abgebildeter Personen zu beachten sind.

Nachnutzung

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

| *Original und digitale Bereitstellung: Standort + Signatur + PURL*

Bei der Weiterverwendung unserer Digitalisate freuen wir uns über eine kurze Mitteilung mit den bibliographischen Angaben und nach Möglichkeit auch über ein Belegexemplar der Publikation.

Kontakt

Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg
- Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg

digitalisierung@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Morgen-Zeitung der Börsen-Halle.

No. 90.

Dinstag, den 16. April.

1872.

Für Frankreich nehmen Anzeigen und Bestellungen entgegen: Messrs. *Havas, Laffitte, Bultier & Cie.*, Place de la Bourse No. 8, Paris. (Preis für Frankreich 70 Gros. p. A.) **Für Belgien** Office de Publicité, A. N. *Lebeque & Co.*, Brüssel; Mr. *Louis Legros*, rue de l'Ammon No. 1, Antwerpen. (Preis für Belgien 56 Gros. p. A.) **Für Großbritannien** Messrs. *H. C. Cowie & Co.*, 2 St. Ann's Lane, Gen. Post Office, London, E. C.; Mr. *Herm. C. Panser*, 96 London Wall, E. C., London; A. *Stegle*, 110 Leadenhall Street, E. C.; Mr. *Henry Greenwood*, 32 Castle Street, Liverpool. (Preis für Großbritannien 38 s. p. A.)

Inhalt.

Concert.
Theater.

Deutschland.

Diese Antwort auf den ersten in neuerer Zeit gemachten Versuch, eine Arbeitseinstellung durch Verständigung der Parteien über eine dauernde Neu-Organisation der Arbeit bezulegen kann nicht lebhaft genug bedauert werden. Das Trostlose bei den bisher in Deutschland vorgenommenen Streiks hat ja gerade darin bestanden, daß dieselben immer nur durch faule Friedensschlüsse, d. h. durch vorläufige Verständigungen über die Lohnfrage beigelegt wurden, — daß der Arbeiterstand als solcher durch die bei diesen Arbeitseinstellungen gebrachten Opfer absolut Nichts gewonnen hat, principiell nur seinen einzigen Streik vorwärts gekommen ist. Dieser Zustand ist ein durchaus primärer und ausfallsloser. Wie Brentano in seinem trefflichen Buch über die "Arbeitergilden der Gegenwart" nachweist, ist es bei dem gebildeten, einflußreichen und geachteten der englischen Gewerkschaften, dem Verein der Maschinbauer, bereits seit Jahren Grundlag, sich auf die Lohnfrage nur im äußersten Falle einzulassen; für seine regelmäßige Aufgabe sieht der Verein dagegen die Organisation der Arbeit an, Feststellung eines bestimmten Verhältnisses zwischen der Zahl der Belegschaft und der der Arbeiter, möglichste Ausschließung ungelerner Arbeiter, Fernhaltung schlechter Subjecte, Erzwingung guter Behandlung der Leute, billige Abklärung der Arbeitszeit etc. — Das ist die Arbeit, zu deren Verrichtung der Verein seinen großen Einfluß benützt. In Bezug auf die Lohnfrage gilt der Mehrzahl der englischen Gewerkschaften die Forderung eines absolut gleichen Lohnbetrages längst für einen überwundenen Standpunkt. Von einigen noch auf niedriger Stufe befindlichen Gewerben abgesehen (z. B. den Zieglern), verlangen diese Vereine bloß die Festsetzung eines bei Erfindung jedes Arbeiters sichernden Lohn-Minimums, unter welches allerdings von einem Vereinsmitgliede herabgegangen werden darf; daß ausgezeichnetere Arbeiter mehr verdienen, ist keineswegs ausgeschlossen und kommt thatsächlich sehr häufig vor. Specifisch "socialistisch" sind, wie gesagt, eben die Forderungen eines nicht nach den Leistungen, sondern nach den Bedürfnissen bemessenen Minimums und die bindende Gültigkeit desselben. Hinter diesem Zustande stehen wir in Deutschland noch weit zurück. Unsere Streiks gelten fast ausnahmslos bloßen Lohnerbhöhungen und sind in mindestens der Hälfte aller vorkommenden Fälle so schlecht organisiert und so leichtfertig unternommen, daß sie mit Niederlagen der Arbeiter oder mit Schein-Siegen endigen, die in der That nur verkappte Niederlagen sind. Auch wo das nicht der Fall ist, sichern sie dem Arbeiterstande als solchem keine dauernden Vorteile. Aus diesem Grunde war besonderes Gewicht darauf zu legen, daß in Hamburg der Versuch gemacht worden, bei einem Strike mehr als die bloße Lohnfrage zum Austrag zu bringen. Durch das Anbieten der hiesigen Werftbesitzer war ein Mal die Gelegenheit zu einer wirklichen Organisation, zu einem dauernden Friedensschluß geboten worden. Daß derselbe bedauerlicher Weise gescheitert ist, schreibt sich wesentlich von der Unfähigkeit der Schiffsanwärter her, ihr eigenes Interesse richtig zu beurtheilen und über kleinliche Rücksichten des Augenblicks hinwegzukommen. Für die Bildungstufe, auf welcher die Glieder dieses Gewerbes stehen, ist es eben bezeichnend, daß bei ihnen noch die absolute Lohnlosigkeit Grundprinzip

Das Militärstrafgesetzbuch verkennt keine Entstehung dem Bedürfniß, die in den einzelnen deutschen Ländern verschiedenartige Militärstrafgesetze einheitlich zu gestalten und sie vor Allem mit den Anforderungen der heutigen Strafrechtswissenschaft in Einklang zu bringen. Dasselbe schließt sich daher in Bezug auf systematischen Aufbau dem Strafgesetzbuch des deutschen Reiches soweit an, als dies mit dem besondern Bedürfnisse des Heeres und der Erhaltung der Disciplin vereinbar scheint. Dasselbe behandelt lediglich militärische Verbrechen und Vergehen, für die anderen soll das bürgerliche Strafgesetzbuch Anwendung finden, mit der Maßgabe jedoch, daß gegen solche Personen, die durch die Befassung nicht aus dem Soldatenstande entfernt werden, nur auf militärische Strafen erkannt werden kann. Der erste Theil handelt von der Befragung im Allgemeinen und schließt sich der Eintheilung des allgemeinen Theiles des Strafgesetzbuches genau an. Der zweite, specielle Theil enthält, Titel 1 und 2, militärische Verbrechen und Vergehen der Personen des Soldatenlandes und der Militärbeamten, Titel 3, Strafbestimmungen für Personen, die den Militärgesetzen nur im Kriege unterworfen sind. Ein Verzeichniß der zum Heere und der Marine gehörigen Militärpersonen ist beigegeben.

Die Blätter haben ein Schreiben des Kaisers an den Bischof von Ermland mitgetheilt, welches der letztere in den "Ermländischen Volksblättern" veröffentlicht und mit einer Nachschrift begleitet, in der er seine Diöcesanen bittet, "mit uns zu Gott dem Herrn unsern Heben zu richten, daß der innere Friede und die religiöse Eintracht im deutschen Vaterlande gewahrt und alle Verluste der Störung des rechtlichen und friedlichen Verhältnisses der christlichen Confessionen zum Staate und untereinander durch Gottes gütliche Hülfe abgemindert und vereitelt werden". Diese vom 6. v. datirte Zuschrift beweist jedenfalls, daß der Bischof von Ermland die Zirkel aufnehmen ließ, mildere Saiten aufspannen und bekräftigt die Hoffnung, daß die Judenverleumdung sich

Uebereinstimmend mit dem schon jetzt bestehenden Verfahren sollen die den Truppenheiten zur Selbstbewirthung überwiefsenen Trägerr, sowie die Innehaltung der Brod- und Fourage-Competenz der Truppen in der Hauptfache der Revision des Rechnungshofes nicht unterliegen. Es handelt sich dabei eben nur um eine rein calculatorische Arbeit, für die ein eignes Controlbureau am Kriegsministerium besteht.

In Abgeordnetenkreisen verläutet, daß gegen Ende nächster Woche die Sitzungen des Reichstages auf kurze Zeit unterbrochen werden sollen, um der Fortsetzung der Landtags-Session Raum zu geben. Auch die "National-Zeitung" vernimmt, daß der Präsident v. Jordanbeck

auf Sonnabend den 20. April eine Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses anzuberaumen beabsichtigt, um insbesondere über das im Herrenhause bekanntlich modificirte Eisenbahngesetz eine Beschlusssatzung herbeizuführen.

Dem Reichstag ist eine von den Herren Kirch, Meyer, Knorr, Panbarg u. a. unterzeichnete Petition im Betreff der Organisation des statistischen Büros des deutschen Reichs zugegangen. Der Wunsch der Petenten geht dahin, daß bei der Organisation des Reichsamtes für deutsche Statistik eine Decentralisation der erforderlichen Arbeiten in der Weise statfinde, daß die Direction für jedes der in Betracht kommenden wissenschaftlichen resp. Verwaltungsgebiete besonderen fachmännisch gebildeten Kräften anvertraut werde.

Aus dem schleswig-holsteinischen Marichen ist eine Deputation, bestehend aus dem Landrath Jörn, von Rischhofen-Tönning und dem Vermögensverwalter Peteren-Garding hier eingetroffen, um die Vermittelung des Reichsfinanzraths zu erbitten wegen einer Modification des Verbohs der Einfuhr lebenden Viehes aus den deutschen Häfen nach England. Der Handel und Verkehr der betreffenden schleswig-holsteinischen Kreise ist durch die gedachte Verfügung schwer betroffen.

Im Cultusministerium ist eine Denkschrift angefertigt worden, welche sich über die Nachstellung der Kirche dem Staate gegenüber nach actenmäßigen Daten ausspricht.

Der Votschaffer des deutschen Reiches in Paris, Graf Harry v. Arnim, wird sich in den nächsten Tagen auf seinen Posten nach Paris zurückbegeben.

Die „Volkszeitung“ erhält die Mittheilung, daß Herr Stiehl — der Vater der Revolution — demnächst seine Entlassung nehmen werde.

In Angelegenheit der angeblichen Briefe protestantischer Pastoren an den Bischof von Baderborn geht der „N. A. Z.“ von Seite des königlichen Consistoriums der Provinz Sachsen eine Mittheilung zur Veröffentlichung zu, derzufolge nach eingehenden Untersuchungen die erwähnten Briefe von evangelischen Geistlichen der Provinz Sachsen nicht herrühren und keiner derselben daran betheilt ist.

Zur Director der vereinigten Artillerie- und Ingenieurschule ist jetzt definitiv der Oberstleutnant Kortbans, bisher Militärdenkschriftlicher bei der Votschaft in London ernannt und an seine Stelle der Director der Kriegsschule in Metz, Major v. Schroetter, zur Votschaft nach London commanbirt worden.

Der längst vorbereitete Strich der Zimmergeffellen soll nunmehr ausbrechen. Die Gefellen verlangen 14 $\frac{1}{2}$ Tagelohn, so wie vierzehntägige Kündigung vor ihrer Entlassung. Um dem zuvorzukommen, haben 70 der bedeutendsten hiesigen Zimmermeister beschloffen, die Arbeiten auf ihren Zimmerplätzen von Montag ab auszuheben und ihre sämtlichen Gefellen zu entlassen.

Die Zeitung „Post“, bisher Eigentum des Dr. Stroussberg, soll nach Mittheilungen hiesiger Blätter, dieser Tage sammt der Druckerei an ein Consortium übergegangen sein, welches die Zeitung in vergrößertem Format weiterführen will.

Wie der „Köln. Ztg.“ von hier geschrieben wird, soll Dr. Stroussberg nun wirklich sein hiesiges Haus verkaufen und ein Bankgeschäft in London eröffnen wollen.

Dr. Gustav Rasch ist von seiner Reise aus den schwarzen Bergen wieder in Berlin eingetroffen. Seine orientalischen Studien befinden sich bereits unter der Presse.

Wie die „Weim. Ztg.“ meldet, ist der Redacteur derselben, Herr P. v. Bejanowski, in die Redaction der neuen „Spremer'schen Ztg.“ berufen worden, hat aber den Antrag abgelehnt.

Der Erbprinz von Ratibor hat sich gestern einer Operation unterworfen, in deren Folge man eine Besserung erhofft.

Aus dem Berichte der deutschen Gesellschaft zu Newyork ist auch für hiesige Kreise von großem Interesse, daß im letzten Jahre bedeutende Summen gefälschtes amerikanisches Papiergeld in Deutschland in Umlauf gesetzt worden sind.

Dr. Karl Mulzer, Berichterstatter vieler hiesiger Zeitungen, ist gestorben.

F. Aus dem Hannoverischen, den 14. April. Die Magdeburger-Halbseider Eisenbahn-Gesellschaft, die Eisenbahn-Direction zu Hannover und das Hanseatische-Bremische Eisenbahn-Commissariat für die Uelsen-Langwedeler Eisenbahn haben sich nach langen Verhandlungen über die Anlage eines gemeinschaftlichen Bahnhofes in Uelsen geeinigt. Es wird ein ganz neuer Bahnhof, ein f. g. Inselbahnhof, erbaut werden, an dessen westlicher Seite die Geleise der Salzbedel-Lelener, bez. der Uelsen-Langwedeler Eisenbahn gelegt werden, während die Geleise der Hannoverischen Staatsbahn an der jetzigen Stelle, ostwärts von dem neuen Gebäude bleiben. Der Zugangsweg zu dem Bahnhofe wird durch zwei Unterführungen laufen, während die am Ende des Bahnhofes gelegene Eschtorfer Chaussee mittelst Viaducts über die Schienen geführt werden wird.

Für die Reisenden ist diese Einrichtung von großer Annehmlichkeit, da der Uebergang zu einer anderen Route ohne Mühe und Zeitverlust bewerkstelligt werden kann. Für die Stadt Uelsen dagegen hat sie das Uäufige, daß der Bahnhof nur mittelst Passirens einer Straßen-Unterführung erreicht werden kann. Die dortigen Terrainsverhältnisse bieten aber so viel Schwierigkeiten, daß ein anderer zweckmäßigerer Plan schwerlich wird aufgestellt werden können.

M. Hannover, den 13. April. Die heutige Nummer der „Neuen Hannoverischen Zeitung“ enthält den Wortlaut einer von den Ständen des Landes Hadeln an den Oberpräsidenten von Hannover, Grafen von Stolberg-Berningerode, gerichteten, in einfachen, würdigen und kernigen Worten abgefaßten Adresse, in der derselbe dringend gebeten wird, das Amt des Ober-Präsidenten nicht niederzulegen, sondern seine Stellung beizubehalten. (f. u.)

Es ist im Interesse der Sache zu wünschen, daß auch von den Amtsverammlungen der Hannoverischen Kreise und von den städtischen Vertretungen in gleicher Weise vorgegangen wird. Hier in der Residenzstadt hat man freilich anscheinend nicht gewagt, die Mitwirkung der zur Vertretung der Bürgerchaft berufenen Organe in Anspruch zu nehmen, wenigstens läßt der Umlauf darauf schließen, daß hier ein Comité von Privatpersonen, an dessen Spitze der zweite städtische Beamte (Stadt Syndicus Albrecht) steht, die Colportierung einer Vertrauens-Adresse in die Hand genommen hat.

Um so wünschenswerther scheint es uns zu sein, daß in den übrigen Theilen des Landes die Wünsche der Bevölkerung durch diejenigen Organe zum Ausdruck gelangen, welche zur Vertretung derselben in den öffentlichen Angelegenheiten berufen sind.

Wir glauben, daß es nur der von den Hadelnischen Ständen gegebenen Anregung bedürfen wird, um die Amtsverammlungen und städtischen Collegien zum Vorgehen in der Sache zu veranlassen, und sind darüber besonders erfreut, daß diese Anregung aus einem Landes- theile erfolgte, welcher der Segnungen der Selbstverwaltung in höherem Grade, als irgend ein anderer Theil Deutschlands theilhaftig ist und vorzugsweise Anlaß hat, sich der nobilitirenden Bestrebungen der Bureaucratie mit allen Kräften zu erwehren.

In dem Umfange, daß man die Sache von Seiten der Hadeln- schen Landesvertretung als „Landesache“ aufgenommen hat und daß die Hadelnischen Stände, welche an ihren alten Rechten und freiherrlichen Privilegien mit Zähigkeit festhalten, dem Grafen „sympathisches Ver- hältniß mit den heimischen Einrichtungen und Anschauungen“ zu- schreiben, finden ihre früheren Mittheilungen über den Grafen Stolberg eine bedeutende Bestätigung.

Ottendorfs, den 12. April. Die vorgestern in Ottenborn ver- sammelten Stände des Landes Hadeln haben, laut „O. W.“, nach- stehende Adresse an den Herrn Ober-Präsidenten Grafen Stolberg ab- geschickt:

„Die von den öffentlichen Blättern gedachte Nachricht, daß Eure Erlaucht sich entschlossen haben, das seit 44 Jahren bekleidete Amt des Ober-Präsidenten der Provinz Hannover niederzulegen, hat in allen Bevölkerungskreisen tiefes, schmerzliches Bedauern erweckt.

Je schwieriger die Verhältnisse waren, unter welchen Eure Erlaucht die höchste Leitung der Verwaltung unserer Provinz übernommen und bis jetzt in Segen geführt haben, um so ungetheilter ist die Anerken- nung der hohen Umficht, Gerechtigkeit und lauseligen Mühe, durch welche Eure Erlaucht die Herzen Aller sich gewonnen, des sympathischen Verständnisses, welches unsere provinziellen Anschauungen und Einrich- tungen bei Euch Erlaucht gefunden, sowie der Energie, mit welcher Euch Erlaucht für die Interessen der Provinz an all und jedem Orte einzutreten nicht geögert haben, um so begründeter ist aber auch die Befürchtung, daß unsere heimischen Zustände und Verhältnisse bei einem andern Manne nicht die vorurtheilsfreie Würdigung und wohl- wollende Pflege finden möchten, die Euch Erlaucht ihnen entgegen- gebracht und zugewandt haben; um so berechtigter ist endlich auch der

Wunsch, Eure Erlaucht unserer Provinz in der zweifelsohne für die- selbe bedeutsamen und einflußreichsten Stellung des Ober-Präsidenten erhalten zu sehen.

Eure Erlaucht Motive zur Niederlegung des Amtes kennen wir nicht. Wenn wir aber hoffen, daß die Euch Erlaucht gezollte dank- bare Anerkennung und das eben so allseitig entgegengetragene Ver- trauen vielleicht Ihre Entscheidung beeinflussen könnten, so halten wir es für Pflicht, diesem Danke und diesem Vertrauen auch einen deut- lichen und öffentlichen Ausdruck zu geben und daran die Bitte zu knüpfen, daß es Euch Erlaucht gefallen möge, das Amt des Ober-Präsidenten der Provinz Hannover auch ferner weiterzuführen.“

Sameln, den 13. April. Unser stilles Befürthal wurde heute überrascht und in Erstaunen gesetzt durch die Eröffnung der Strecke Hannover-Sameln, der ersten Hälfte der Hannover-Altenbeken- Bahn. In richtiger Erkenntnis der Wichtigkeit jenes Schienenweges für die Stadt Sameln, hatte deren Magistrat die Mitglieder des Ver- waltungs-raths und der Direction der Bahn, so wie die Spitzen der Behörden in Hannover zu einem Festeffen eingeladen. Der Zug, welcher um 9 Uhr Morgens von Hannover abgefahren war, traf kurz vor Mittag bei ein. Um 4 Uhr Nachmittags lehrten die Gäste nach Hannover zurück.

Für die Stadt Sameln beginnt mit heute ein denkwürdiger Zeit- abschnitt, da diese Stadt dazu ausersehen ist, das Centrum von zwei wichtigen Eisenbahnlinien zu werden: der Linien Hannover-Altenbeken und Wölpe-Vienenburg. Zwar wird für den Augenblick die Stadt nur mit dem deutschen Norden verbunden, aber nicht zwei Jahre werden vergehen, und die eisernen Arme der Schienenwege kreuzen sich von Nord und Süd, sowie von Ost und West in unserem friedlichen Thale.

Wie wunderbar und mächtig der Eisenbahnverkehr in die beste- henden Zustände eingreifen kann, wird sich gerade bei Sameln heraus- stellen. Seit länger als 1000 Jahren nahm der Verkehr seinen lan- gsaamen Weg auf der Weser, um die Küsten der Nordsee mit Nieder- sachsen und Thüringen zu verbinden. Mit einem Male erhebt sich, geschaffen durch menschliche Kraft und Einsicht, das rasche und mächtige Dampfboot, um der alten Wasserstraße den Rang abzulaufen, und im eilenden Fluge Menschen und Güter über Berg und Thal zu führen.

In der Stadt Sameln sowohl, wie auf der ganzen Strecke, nam- entlich in den kleinen kalenbergschen Städten Wünder und Springe, zeigte sich eine lebhaftere Theilnahme der Bevölkerung an dem neuen Unternehmen. Es ist dies erklärlich, wenn man einestheils die Bedeu- tung der Bahn selbst in's Auge faßt und daneben berücksichtigt, daß jene Gegend schon seit länger als 20 Jahre hindurch Hoffnungen auf einen baldigen Schienenweg getragen hat.

† Hadersleben, den 14. April. Die „Dannevirke“ wendet sich mit besonderer Energie gegen die Bestrebungen der Socialisten- führer in Berlin und Kopenhagen, die dänischgefinnte Bevölkerung im zweiten schleswigschen Wahlkreise für die Wahl Hansenlevers zu inter- estiren. Das Blatt deducirt folgendermaßen: Es werde allerdings be- hauptet, der socialistische Candidat Hansenlevers wolle für das Selbst- bestimmungsrecht Nordschleswigs eintreten, nehme mithin denselben Standpunkt, wie die Herren Krüger und Ahlmann ein. Dagegen sei indes zu bemerken, daß, um die Wahl Hansenlevers durchzuführen, 7-8000 Stimmen erforderlich seien, während die Anzahl der Socialisten in Hensburg nur etwa 500 betrage und in Apenrade kein einziger vor- handen sei. Die dänische Partei sei demnach genöthigt, Herrn Hansen- levers wenigstens 6500 Stimmen zur Verfügung zu stellen, und unter diesen Umständen sei es gewiß natürlich, daß die 500 deutschen Socialisten sich zu der dänischen Partei schlugen, zumal Herr Krüger gewiß geneigt sei, die Socialisten im Reichstage zu unterstützen. Wer die Verhältnisse in Nordschleswig kennt, wird wenigstens so viel zugeben müssen, daß es dem Herrn Hansenlevers nicht gelingen wird, eine nennenswerthe Zahl dänischer Stimmen auf sich zu vereinigen, daß er aber vielleicht eine Zerplitterung der deutschen Stimmen bewirkt, welche den Sieg des dänischen Candidaten herbeizuführen ge- eignet ist.

Unser Bemerkungen in No. 82 d. Bl. über die den ausgewan- derten Nordschleswigern bei der Rückkehr in ihre alte Heimath zu Theil werdende Behandlung haben von zwei verschiedenen Seiten eine Ent- gegnung gefunden. Ein Correspondent der „Kiel. Ztg.“ glaubt zu un- serer „Beruhigung und Belehrung“ hervorheben zu müssen, daß das bezüglich der Verfahren der Localbehörden auf einer Bekanntmachung der Regierung vom 27. April 1869 resp. einer späteren Instruction der Regierung und des Landraths an die hiesigen Polizeibehörden beruht. So sehr wir den guten Willen des Herrn Correspondenten anerkennen, müssen wir doch leider gestehen, daß wir durch seine Mittheilung weder belehrt noch beruhigt sind. Die gedachten amtlichen Erlässe waren uns nicht unbekannt und sind ja auch in diesem Blatte mehrfach erwähnt worden, sie beweisen aber für die Rechtmäßigkeit des in Rede stehenden Verfahrens nicht das Mindeste, denn bekanntlich sind weder die schles- wigische Regierung noch der Landrath in Hadersleben insalibel. Das es zur Competenz der Verwaltungsbehörden gehört, Strafandrohungen bis zu einer gewissen Höhe für Contraventionsfälle zu erlassen, glauben wir dem Herrn Einsender auf's Wort, ohne daß es der Auctorität Gerber's bedürft hätte. Natürlich ist indes diese Befugniß keine unbeschränkte, dieselbe darf z. B. nicht gegen allgemein anerkannte Rechtsregeln und gegen den klar ausgesprochenen Willen der Landes- regierung verstoßen. Beides geschieht aber in dem vorliegenden Falle, denn die Regierung hat durch ihre Unterthrift unter den Wiener Frieden ausdrücklich anerkannt, daß den Schleswigern durch die Aus- wanderung nach Dänemark keine Rechtsnachtheile erwachsen sollen, und andererseits dürfte es doch wohl keinem Zweifel unterliegen, daß auch der Ausländer nicht wegen Handlungen gemahnt werden darf, welche nur Ausflüsse eines durch Staatsvertrag anerkannten Rechtes sind. Diesen rechtlichen Erwägungen gegenüber können natürlich politi- sche Zweckmäßigkeitsgründe, welche der Einsender der „Kiel. Ztg.“ und in noch verstärktem Maße ein Correspondent der „N. A. Ztg.“ geltend macht, gar nicht in's Gewicht fallen. Wenn in der letzteren Zeitung behauptet wird, es sei eine Machfrage, welche Nation im Norden an der deutsch-dänischen oder im Süden an der deutsch-slawischen Sprach- grenze ihre Nationalität weiter vorrücken soll, so antworten wir, daß die Aufgabe der localen Verwaltungsbehörden nicht sowohl in der Entscheidung politischer Machfragen, als in der Handhabung und Aus- führung der Gesetze besteht; genügen die letzteren nicht, Ruhe und Ordnung in einem bestimmten Landestheile aufrecht zu erhalten, so liegt es den gesetzgebenden Factoren ob, dieselben zu ändern. Diesen allein correcten Weg hat die deutsche Reichsregierung einge- schlagen, als es galt, gegen den Mißbrauch der Kanzel einzuschreiten, und die preussische Regierung, als es sich um das Oberaufsichtsrecht des Staates über die Schulen handelte. Wir glauben, daß die Re- gierung in Schleswig und der Landrath in Hadersleben der preussischen Regierung ganz ruhig die Anordnung der bezüglichlichen Ausnahmemaß- regeln in Nordschleswig, wenn solche wider unser Erwarten erforderlich sein sollten, überlassen können.

○ Schleswig, den 14. April. Mit Besorgniß sieht hier mancher kleine Handwerker der Abwidlung unserer unerquicklichen Spar- und Hülfsfassen-Angelegenheit entgegen. Im October v. J. erfolgte nach Konstatirung erheblicher Unordnungen in der Buch- und Kasseneinrich- tung die Suspendirung des Kassirers der hiesigen Spar- und Hülfskasse. Die von einer dazu niedergesetzten Commission beschaffte Revision der Bücher ergab ein Deficit von ca. 7500 $\frac{1}{2}$ P. in Folge dessen nach Beschluß der Ge- neral-Verammlung der Kassen-Interessenten die Sache dem Staatsan- walt zur weiteren Behandlung übergeben wurde. Die gleichzeitig be- schlossene Anstrengung einer gerichtlichen Klage wider die durch Neuge- wählte erstellten früheren Mitglieder des f. g. Verwaltungsraths der Kasse auf Vertheilungsmachung der statutenmäßig mit 4000 $\frac{1}{2}$ v. G. zu bestellenden, jedoch nicht bestellten Caution steht nunmehr zu erwarten. Die gleichfalls beschlossene Erlassung eines Proclams ist bereits von Seiten des hiesigen Amtsgerichts erfolgt und die gerichtliche Vernein- ung des suspendirten Kassirers Möller wird, wie man hört, in diesen Tagen geschehen. Da inzwischen fast alle größeren, bei der Kasse be- legten Pöste gekündigt sind, während die in Folge davon nothwendig gewordene Einziehung der Kasseforderungen manchem kleineren Hand- werker z. überaus drückend werden dürfte, zweifelt man an der Mög- lichkeit des Fortbestehens der Kasse.

Dresden, den 13. April. Das sächsische Königspaar ist, wie das „Dresdner Journal“ meldet, gestern Abend in Riva eingetroffen.

Roburg, den 13. April. Der Herzog von Sachsen-Roburg-Gotha ist heute Mittag nach Italien abgereist, um daselbst einen mehrwöchent- lichen Aufenthalt zu nehmen.

Bremen, den 14. April. Wie wir erfahren, hat der ver- dienste Oberbaurath Berg, trotz der kürzlich von der Bürgerchaft be- schloffenen Ablehnung der vom Senat für Ausführung der 13 Meilen

langen, ganz außerhalb seines Bezirkes liegenden Eisenbahn für Berg währlich noch reichlich niedrig zu 5000 $\frac{1}{2}$ P. beantragten Remuneration, sich bereit erklärt, eine ihm gemachte außerordentlich günstige Offerte zum Eintritt in die Direction einer Privat-Eisenbahn-Gesellschaft abzu- lehnen und im bremischen Staatsdienst zu bleiben. Wir mögen übei- gens nicht bezweifeln, daß die Bremer Bürgerchaft sich noch eines Besseren besinnend und geleistete tüchtige Dienste auch angemessen vergütet.

München, den 12. April. 56. Sitzung der Abgeordneten- kammer. Abg. Daller (ultramontan) und Senofien interpelliren den Cultusminister, ob er die vom Landrath von Oberbayern beantragte Trennung des Kirchenbienstes vom Schuldienst zwangsweise vollziehen lassen wolle. Herr v. Lutz antwortet, daß diese Trennung wegen der Mehrkosten Sache der einzelnen Gemeinden sei, und keine derselben durch die Instruction der Gesetze, welche die Regierung von Ober- bayern angeordnet habe, gegen ihren Willen zu größerem Aufwand verpflichtet werde als bisher. Bezüglich einer Eisenbahn von Volz nach Münschingen erklärt Kriegsministerialcommissär K y l a n d e r, daß die strategischen Bedenken, welche dieser Bahn früher entgegenstanden, durch die Verlegung des Ingolstädter Bahnhofes in das Vorwerkstey dieser Festung nunmehr gehoben seien. Die betreffende Petition geht mit Empfehlung an die Regierung. Es folgt nun Berathung über den Freitagschen Antrag, die Vertheilung der Staatsdiener an indu- striellen Unternehmungen betreffend. Zu dem Ausführantrage hatten Dr. Schüttlinger und Frankfurter besondere Modificationen gestellt und Freitag seinen ursprünglichen Antrag reproducirt, der Referent Fischer als persönlichen präjudiziellen Antrag Uebergang zur Tagesordnung vorgeschlagen. Die einzelnen Antragsteller moti- viren ihre Vorschläge in sehr eingehender Weise. Auf eine Aeußerung des Abg. Freitag erklärte Graf Segenberger, daß er an dem- selben Tage, an dem r. u. s. Ministerium getreten, seine Stelle bei der bayerischen Vereinsbank niedergelegt habe. Der Ausschuss habe sie offen gehalten, aber bei Stellung des Freitagschen Antrages habe er (Se- genberger) dieselbe wieder zu belegen gebeten, damit nicht Anschauungen, wie die heute vernommenen, sich bilden möchten. Er glaube, daß der Uebergang zur Tagesordnung am passendsten sei, das Hauptgewicht liege nicht in den gefaßten Beschlüssen, sondern in der Discussion über den Gegenstand selbst, die ihre Wirkung auf die Theilnehmer, sowie auf die Regierung gewiß nicht verfehlen werde. Nach weiteren Aeußerun- gen von Frankfurter, Herz und Nahr zieht Schüttlin- ger seinen Antrag zu Gunsten desjenigen Frankfurter's zurück und es wird schließlich der Ausführantrag mit dem Zusatz Frankfurter's in namentlicher Abstimmung mit 122 gegen 6 Stimmen angenommen. Der Beschluß lautet, der König wolle im Vollzug der Verordnung vom Jahre 1868 I. keinesfalls gestatten, daß ein Staatsdiener 1) an einem sogenannten Gründerconsortium theilnimmt, das das Theilnehmen — abgesehen von dem Ertrage, den den Betrieb des zu gründenden Unter- nehmens bringen kann — einen von den Betriebsresultaten unabhän- gigen besonderen Gewinn (Gründerlohn) gewährt oder doch in Aus- sicht stellt, 2) an der Betriebsleitung eines Erwerbsgeschäftes sich be- theiligt, dessen Betrieb eine Collision der Interessen dieses Geschäftes und der von dem betreffenden Staatsdiener kraft seines Amtes zu wahr- enden Interessen des Staats herbeiführt, II. ebenso wenig gestatten, daß ein Staatsdiener die unmittelbar oder mittelbar besoldete Stelle eines Aufsicht- oder Verwaltungsrathes einer finanziellen oder indu- striellen Unternehmung übernehme oder beibehalte mit Ausnahme der genossenschaftlichen und wessentlich gemeinnützigen Institute.

Stuttgart, den 12. April. Der Stuttgarter Seherstrife, über den ich Ihnen f. B. bei dessen Ausbruch nähere Nachricht gegeben habe, ist endlich, nach 12-wöchentlicher Dauer, beendet, nachdem er hier, mo das Buchdruckergewerbe eine Rolle spielt, viel Staub aufge- wirbelt, einmal sogar eine Verathung in der zweiten Kammer veran- laßt hat. Wenn die Principale eine so lange Dauer der Arbeits- einstellung vorausgesehen hätten, so hätten sie wohl früher die jetzt nor- malen Lohnsätze angeboten. Uebrigens ist der Strich von den Arbei- tern nicht durchgeführt worden, bis ihre sämtlichen Forderungen durch- geführt waren, sondern es hat ein Vergleich dahin stattgefunden, daß die Seher bei Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden eine Lohnerhöhung von 16 $\frac{1}{2}$ % erhalten, während die ursprüngliche Forderung der Strikenden etwa 20 % betragen hätte. Dagegen er- kennen die Seher den Leipziger Tarif nicht als deutschen Normaltarif an, sondern wollen ihn nur für hier lokal gelten lassen, bis die Prin- cipale, die sich hierzu verpflichtet haben, gewisse Abänderungen desselben auf dem nächsten Buchdrucker-Congress durchgesetzt haben werden. In- teressant wäre es, zu erfahren, was der Strich beiden Theilen an Opfern gekostet hat. Beide werden sich künftig hüten, es wieder so weit kommen zu lassen. Zum Abschluß des Zwistes trug die Gründung einer Socie- tätsdruckerei durch einen Theil der Strikenden Seher Vieles bei. Die- selbe vermindert die Zahl der aus der Strikelasse zu Unterhaltenden so bedeutend, daß der Rest noch längere Zeit hätte unterhalten werden können und eben in Rücksicht hierauf die Principale sich zum Einlenken entschlossen.

Strasburg, den 12. April. (Strßb. Ztg.) Auf Anordnung des Oberpräsidenten v. Möller ist unter dem Vorstie des Bezirkspräsidenten v. Erckhausen eine Commission gebildet worden, welche mit den nöthigen Vorkehrungen für die würdige Begehung der auf den 1. und 2. Mai anberaumten Feiern der Eröffnung der neuen Strasburger Universität beauftragt ist. Wie wir hören, ist das Programm der Fest- lichkeiten folgendes: Mittwoch, den 1. Mai: Feierliche Eröffnung der Universität im Schloße. Nachmittags: Festessen im Saale der Festsalle (Réunion des Arts). Abends: Beleuchtung des Münsters. Donnerstag, den 2. Mai: Festfahrt nach dem Orlidenberge. Nach der Rückkehr Abends Commerc im Saale der Festsalle.

Oesterreich.

Wien, den 13. April. Wien beherbergt gegenwärtig eine aus- erlesene Gesellschaft. Die Führer der Feudal-Oligarchen haben sich zu- sammengefunden, um einen Feldzugsplan festzustellen, wodurch die Action des Ministeriums durchkreuzt werden soll. Der Cardinal Fürst Schwarzenberg, der Bischof von Linz sowie Graf Hohenwart befinden sich derzeit in Wien und beabsichtigen diese Herren einen Appell an den Thron zu richten. Woreist dürfte derselbe wohl ohne Wirkung bleiben, da die Chancen der feudal-nationalen Partei nicht bloß im Bohmen, sondern überhaupt schlecht stehen. Solange Hohenwart ihnen Ausflüchte auf Erweiterung ihrer staatlichen Rechte eröffnen zu dürfen glaubte, warfen sie sich in den Staub vor den Thron und in allen Kirchen wurden Tebeumens für den Herrscher von Gottes Gnaden an- gestellt. Die Erzbischöfe, Bischöfe, Fürsten und Grafen Böhmens frachten die ritterlich-kirchliche Devotion vor dem Thron wieder auf. Als aber die Ausgleichungsverhandlungen sich wegen der Wahllosigkeit der geistlichen Prälaten naturgemäß zerlegten, war alle geheuchelte Ergebenheit wie weggeblasen, und aller Welt wurde deutlich, was die böhmische Feudalpartei zu bedeuten habe. Die hochwürdigen Prälaten, die hochslovalen Aristokraten warfen sich plötzlich in die revolutionäre Parade. Sie hatten eigentlich gar kein Recht zur Revolution, denn man hatte ihnen Nichts genommen, da sie nie etwas befehlen hatten. Sie durften sich bestenfalls nur beklagen, daß man ihnen etwas verweigert hatte, wonach sie allerdings den sehnlichsten Wunsch trugen, und moßir sie höchstens ein gutgemeintes, wenn auch kein bindendes und durchaus nicht präcises Versprechen hatten. Die hochgeborene Re- volution war von Anfang an keine volksthümliche Bewegung, sondern sie war in ihrem inneren Kern eine gemeine Verschwörung kirchlicher und weltlicher Basallen, welche den Staat zu ihrem Vortheile aus- beuten wollten, und da sie den Staat nicht überumpeln konnten, nun zum trostigen und verwerflichen Widerstande griffen. Den einen un- schätzbaren Vortheil wird die feudal-bischöfliche Revolution gehabt haben, daß der politischen Welt über das Wesen der interessanten Nation Böhmens klarer Wein eingeschenkt worden sein wird.

Wien, den 13. April. Die „N. fr. Pr.“ schreibt: Heute wurde das Ge- setz, die Handhabung der Disciplinargemalt über Advokaten und Advokatur- Candidaten, publicirt. Mit diesem Gesetze hat die Organisation der freien Advokatur ihren Abschluß gefunden. Vor vier Jahren wurde die Fessel des Ernennungszwanges von der Advokatur genommen und diesem Stande sein Selbstbestimmungsrecht wiedergegeben. Seitdem hat eine legislativisch unferstige Institution sich eingelegt, und trotz- mancher Gebrechen, welche der Gesetzgebung über die Advokatur an- haften, wird doch Niemand den außerordentlichen Fortschritt gegenüber der früheren Unfähigkeit der Advokatur verneinen. Eine wesentliche Lücke war durch den Mangel an einem Disciplinar-Gesetze veranlaßt. Der Advokatenstand war zwar sich selbst wiedergegeben, aber in allen Disciplinar-Fragen unterlag er noch der Vormundschaft der Gerichte. Das ist von heute ab anders. Nun ist auch die Disciplinar-Gewalt über die Advokaten und die Advokatur-Candidaten in die Hände der Advokaten selbst gelegt und jene Standes-Autonomie verwirklicht, welche das Streben der intelligentesten Männer der Advokatur war.

Nach dem Gesetze wird die Aufsicht über die in die Advokatenliste eingetragenen Advokaten von dem Ausschusse der betreffenden Advokaten-Kammer ausgeübt, unbefehlet des obersten Aufsichtsrates des Justizministeriums. Ein Advokat unterliegt dann der Disziplinar-Verordnung, wenn er die Pflichten seines Amtes verletzt oder wenn er in- oder außerhalb seines Berufes durch sein Benehmen die Ehre oder das Ansehen seines Standes beeinträchtigt. Die Disziplinar-Gewalt übt ein aus dem Schoosse der Advokaten-Kammer zu wählender Disziplinarrath aus. Die Disziplinarstrafen sind: der schriftliche Verweis; die Geldbuße bis zum Betrage von 300 Gulden, welche in den Armenfonds jener Gemeinde fließt, in welcher der Beschuldigte seinen Wohnsitz hat; die Einstellung der Advokatur, welche jedoch die Dauer eines Jahres nicht überschreiten darf; gegen Advokatur-Candidaten ist ferner die Strafe der Verlängerung der Praxiszeit, jedoch höchstens um ein Jahr, oder auf Verlust des Substitutionsrechtes auf bestimmte Zeit zu erkennen; die Streichung von der Liste. Welche dieser Strafen zu verhängen sei, ist nach der Größe des Verschuldens und der daraus entstehenden Nachteile zu beurtheilen. Eine neue Eintragung kann nicht vor Ablauf von drei Jahren nach dem Tage der Streichung erfolgen. Einem wegen strafgerichtlicher Verurtheilung von der Liste gestrichenen Advokaten oder Advokatur-Candidaten kann die Eintragung selbst nach Ablauf der Zeit, während welcher er nach dem Strafgesetze zur Eintragung der Advokatur unfähig ist, wegen Vertrauensunwürdigkeit von jeder Kammer verweigert werden. Die Kammer, von deren Listen die Streichung erfolgt ist, kann diese Verweigerung auch dann noch aussprechen, wenn die Eintragung vorher in die Listen einer anderen Kammer erwirkt worden wäre. Gegen die Erkenntnisse des Disziplinarrathes findet das Rechtsmittel der Berufung, gegen andere Verfügungen das Rechtsmittel der Beschwerde an den obersten Gerichtshof statt. Nur der oberste Gerichtshof kann die Entscheidungen des Disziplinarrathes ändern. Die Einwirkung der Staatsbehörde ist auf die notwendige Obergrenze beschränkt; insbesondere ist das Verfassungsrecht der Oberstaatsanwaltschaft in dem Falle ausgeschlossen, als es sich um eine Verletzung der Ehre und des Ansehens des Standes handelt, sobald die Entscheidung hierüber den Standesgenossen des Beschuldigten überlassen bleibt, welche nach Art der Jury nach ihrer freien Ueberzeugung urtheilen. Groß ist die Gewalt, welche den Advokaten-Kammern in Bezug auf ihre Mitglieder fortan überantwortet ist. Aber wir zweifeln nicht, daß dieselbe nur im Interesse der Würde des Standes geübt werden wird. Haben sich bisher die gefürchteten Uebelstände der freien Advokatur nicht eingestellt, so wird das neue Disziplinar-Statut um so leichter und sicherer den Stand gegen jede Entartung schützen.

Eine inspirirte Correspondenz der "Bohemia" meint, falls bei dem gleichzeitigen Eintreffen des Cardinals Schwarzenberg und des Grafen Hohenwart in Wien eine gewisse Uebereinstimmung vorwalten sollte, so würden Hohenwart und Comp. nur zu bald inne werden, daß die Chancen ihrer Partei nicht bloß in Böhmen, sondern überhaupt schlecht stehen.

Eine der hervorragendsten Einfindungen hat die Ausstellung 1873 von Seite des Krupp'schen Gießhüttenwerkes in Essen zu erwarten, deren Expositionen bekanntlich auch die Hauptpunkte der früheren Ausstellungen bildeten. Herr Alfred Krupp beabsichtigt nämlich die Ausstellung nicht bloß mit den Ereignissen seines Stabes zu bescheiden, sondern die Production Essens überhaupt, die Rohstoffherzeugung, die Eisenbahn- und Artillerieproducte, durch eine systematische Collection in einem Gesammtbilde zur Darstellung zu bringen. Die Krupp'schen Ausstellungs-Objecte werden deshalb diesmal nicht erst in verschiedenen Gruppen aufgestellt werden müssen, sondern sich in einem einheitlichen Bilde präsentieren.

West, den 13. April. Die kaiserlichen Majestäten haben heute die von den beiden Häusern des ungarischen Reichstages entsandten Deputationen empfangen und die Glückwünsche derselben anlässlich der Verlobung der Erzherzogin Sissi entgegen genommen. Die Majestäten erwiderten die Ansprachen des Präsidenten in huldvoller Weise und sprachen für die beglückte Theilnahme an dem freudigen Familienereignisse ihren Dank aus.

Im Unterhause beantworteten die Minister verschiedene Interpellationen, bei welcher Gelegenheit Graf Compa erklärte, die Reform des Oberhauses werde einer der ersten Verabredungsgegenstände in der nächsten Session des Reichstages sein.

Großbritannien.

London, den 12. März. Parlements-Verhandlungen vom 11. Im Oberhause erkundigte sich Lord Stanhope, ob das Gericht begründet sei, daß der Präsident der französischen Republik beschloßen habe, dem so lästigen und beschwerlichen Wahlsysteme ein Ende zu machen. Er wünschte ferner zu wissen, wann die Abschaffung der heute in Kraft befindlichen Bestimmungen eintreten solle. Lord Granville nahm das Wort zu folgender Erklärung: "Es macht mir großes Vergnügen erklären zu können, daß heute Abend der Chargé d'Affaires der französischen Republik mit der Mittheilung gemacht hat, daß in 10-12 Tagen Bestimmungen bezüglich der Wahlen getroffen werden sollen, um den heutigen Verlust an Geld und Zeit zu vermeiden, und daß er hofft, diese neuen Bestimmungen würden sich für England als vollkommen befriedigend erweisen (Hört! hört!). Ich kann dieser Mittheilung nicht Erwähnung thun, ohne der Befriedigung Ausdruck zu geben, welche ich über diesen Beweis von der zwischen England und Frankreich herrschenden freundschaftlichen Stimmung empfinde." (Beifall.)

Im Unterhause nahm John Bright nach längerer Abwesenheit wieder seinen Platz ein. Als die Sitzung ihren Anfang nahm, begab sich Herr Bright nicht an den Ort, wo man sonst ehemalige Cabinetsminister findet, welcher der Regierung auch ferner ihre Unterstützung gewähren, nämlich die Bank hinter der Ministerbank, vielmehr suchte er seinen alten Platz auf, den ersten Sitz auf der zweiten Bank der unabhängigen Liberalen. Bright war vorläufig nur zum Besuche hier. Er hatte am 10. eine lange Unterredung mit Gladstone und wird heute wieder nach Rochdale zurückkehren, beabsichtigt jedoch binnen Kurzem nach London zu kommen und sich wieder der parlamentarischen Thätigkeit zu widmen. Aus den einleitenden Anführungen ist hervorzuheben, daß Mr. Disraeli anmelde, er werde in der nächsten Sitzung Nachfragen stellen in Betreff des vor dem Schiedsgerichte in Genf einzuschlagenden Verfahrens. Einige Heiterkeit wurde hervorgerufen durch die von Herrn E. Baring gemachte Andeutung, daß in der Correspondenz über den Handelsvertrag zwischen England und Frankreich die Worte "sur lost" (in Ballast), die sich auf gewisse für Schiffe ohne Cargo gemachte Ausnahmen beziehen, in der Uebersetzung irrtümlicherweise vom Orient kommend wiedergegeben seien, indem der Uebersetzer sich einfach aus lost l'est gemacht hat. — Das Haus setzte die Einzelberatung der Ballotvorlage fort. Es kam über einen Antrag auf Streichung des gesammelten Abschnittes II zur Abstimmung, in welcher der Antragsteller Herr Corrance geschlagen wurde. Abschnitt II wurde mit 207 gegen 137 Stimmen angenommen.

Das Verfahren vor dem Schiedsgerichte in Genf am 15. d. Mts. erscheint der "Times" unter den heutigen Verhältnissen so klar und einfach, daß ein Irrthum nicht wohl möglich sei. "Wir werden — heißt es dort — unsere Gegenseit einreichen allein wir müssen dieselbe mit einem Protest begleiten, daß wir nicht einräumen, daß die Ansprüche für indirecte Schäden in den Bereich des Schiedsgerichts gehören oder daß es innerhalb seines Wirkungsbereiches liege, zu entscheiden, ob dieselben mit eingeschlossen seien oder nicht, und ferner daß wir unsere Gegenseit einreichen ohne Präjudiz der Freiheit, welche wir uns vorbehalten, im nächsten Stadium der Verhandlungen zurückzutreten, wenn die Ansprüche für indirecte Entschädigung nicht in der Zwischenzeit aufgegeben werden. Die Achtung vor dem Tribunal, welche uns im vorigen Jahre veranlaßte, einem schiedsrichterlichen Urtheil die im Vertrage enthaltenen Ansprüche zu unterbreiten, bleibt unverändert, allein das Princip schiedsrichterlicher Erledigung selbst würde hoffnungslos beeinträchtigt, wenn wir nicht darauf beständen, daß die zu beurtheilenden Ansprüche innerhalb der Grenzen zusammengefaßt bleiben, über welche sich beide Regierungen geeinigt haben. Welche Nation würde in der Folge wieder gestatten, daß eine Schwierigkeit mit einem anderen Staate durch eine freundschaftliche Beurtheilung entschieden würde, wenn es einmal eingeräumt würde, daß die bloße Thatsache der Vereinbarung einer schiedsrichterlichen Entscheidung den Schiedsrichtern Jurisdiction und Ermächtigung gebe, über Alles und Jedes zu entscheiden, was dem Einen oder Anderen der streitenden Parteien vorzuliegen beliebt? Weit entfernt ein Urtheil des Schiedsgerichtes über die Deutung des Vertrags nachzusuchen, müssen wir vielmehr jeden Meinungsaustruck über denselben von ihrer Seite zurückhalten und wir dürfen in der That überzeugt sein, daß die Rücksicht auf ihre eigene Würde die Schiedsrichter abhalten wird, eine Erklärung über die Bedeutung der Convention zu geben, wenn man ihnen zu verstehen ge-

geben hat, daß sie dazu nicht ermächtigt seien. Die Gegenseit selbst soll sich nicht in Erörterung über die Zulässigkeit indirecter Ansprüche einlassen, sondern dieselben einfach als nichtig behandeln. Wir haben dann Alles gethan, was man von uns erwarten kann und überlassen der anderen Seite die Verantwortlichkeit der Entscheidung, ob die Verhandlungen vor dem Schiedsgerichte weitergehen oder als fehlgeschlagen enden sollen."

Der Proceß gegen O'Connor wegen des am Tage nach der Dankfeier gegen die Königin gerichteten Einschüchterungsversuches hat nun einen Tag gedauert und damit gendigt, daß die Geschworenen den Angeklagten für schuldig befanden, nachdem sie vorher auf Grund der Aussagen der Sachverständigen entschieden hatten, daß derselbe weder bei Ausübung der That unzurechnungsfähig gewesen, noch gegenwärtig unzurechnungsfähig sei. Der Richter verurtheilte ihn darauf zu einjähriger Zuchthausstrafe mit harter Arbeit und zwanzig Schlägen, "mit einem Instrument, genannt Birkenruthe."

In Irland ist ein einflussreiches, aus Männern aller politischen Parteien bestehendes Comité zusammengetreten, um das Andenken des in der Ausübung seines Berufes ermordeten Lord Mayo durch ein bleibendes Denkmal zu ehren. Die Sammlungen zu diesem Zwecke sind im Gange.

Demnach wird hier in England die Trauung des Prinzen Ludwig von Mecklenburg, ehemaliger Attaché bei der hiesigen österreichischen Botschaft, mit Miss Fox, der Pflegetochter von Lord Holland, stattfinden. Die Braut ist die Tochter eines französischen Edelmannes von sehr altem Namen, dessen Gattin bei der Geburt ihres einzigen Kindes starb. Als Bedingung der Adoption verkaufte sie ihren Familiennamen mit dem ihrer Pflegetochter und die Vermählung wird ebenfalls unter dem letzteren Namen stattfinden.

London, den 13. April. Parlements-Verhandlungen vom 12. — Im Oberhause erkundigte sich Lord Stanhope, welchen Weg die Regierung mit der Gegenseit bezüglich der Abmahnungsangelegenheit vor dem Schiedsgerichte in Genf einschlagen gedenke. Er hob dabei hervor, daß bisher die Opposition in keiner Weise um Mittheilungen gedrängt habe, daß die Sache aber augenblicklich zu einem Punkte gediehen sei, wo längerer Schweigen nicht mehr rathsam, vielmehr die Nothwendigkeit geboten sei, die vollkommene Aufklärung zu geben. Lord Granville nahm zur Erwiderung das Wort, und gestand zu, daß von den Oppositionsbänken in dieser Sache mit aller möglichen Nachsicht verfahren worden sei. Im Weiteren erklärte er, die Regierung gebe jetzt mit Vergnügen die Auskunft, die sie vor O'Brien auf eine ähnliche Frage Lord Derby's nicht habe ertheilen können, weil sie damals noch nicht über die Sache schlüssig gewesen sei. Die Entscheidung — fuhr der Minister fort — zu der wir gelangt sind, wurde erst am vorigen Freitag erreicht. Wir haben nicht nur von dem edlen Grafen berührt, sondern auch die Erwiderung, daß der Vertrag in directe Entschädigungsforderungen beide fähig erwoogen, sondern auch überlegt, ob die von uns eingenommene Position nicht beeinträchtigt werde dadurch, daß wir überhaupt in der Sache weitere Schritte unternähmen. Wir sind indeß an dem Schluß gekommen, daß wir Weiteres ohne Präjudiz unserer Position ruhig thun können, d. h. wir können unsere Gegenseit einreichen, welche, wie ich kaum zu sagen brauche, sich ausschließlich mit den directen Ansprüchen befaßt. Dieselbe wird von einer Declaration an das Genfer Schiedsgericht begleitet sein, in welcher wir erklären, daß die Gegenseit vorgelegt wird ohne Präjudiz der in unserer Correspondenz mit den Vereinigten Staaten eingenommenen Stellung, und ausdrücklich die Rechte Ihrer Majestät vorbehalten, falls die etwa heute über Tragweite und Umfang bezüglich der den Schiedsrichtern vorzulegenden Angelegenheiten bestehenden Differenzen bis zum 15. Juni noch bestehen sollten. Ich darf hinzufügen, daß über diesen Punkt mit dem amerikanischen Senat Mittheilungen gemacht worden sind. Es war vor 14 Tagen seine Ansicht, daß eine Gegenseit ohne Präjudiz unserer Position vorgelegt werden könne und er theilte mir Ende voriger Woche mit, seine Regierung habe diese Ansicht bekräftigt. Ich überbrachte ihm vorgelesen eine Abschrift dieser Erklärung bezüglich der Gegenseit. Ich habe sonst nur noch zu bemerken, daß, sobald die Gegenseit und die begleitende Erklärung vorgelegt sind, dieselben, wie früher die beiden ursprünglichen Staatschriften, auf den Tisch des Hauses gelegt werden sollen. (Beifall.) — Earl Russell äußerte sich dahin, die Regierung dürfe unter keinen Umständen zur Erwägung der indirecten Ansprüche ihre Zustimmung geben. Außerdem sei es an, er werde am 22. eine Adresse an die Krone beantragen, in welcher diese Angelegenheit werde. Instruktion zu geben, daß alle Verhandlungen englischerseits vor dem Schiedsgerichte in Genf eingestellt werden sollten, bis die in die Staatschrift der Vereinigten Staaten eingeschlossenen Ansprüche, die nach der Auffassung der englischen Regierung nicht innerhalb des Reiches der Schiedsrichter lägen, zurückgezogen seien. — Der Herzog von Richmond, der Führer der Opposition, gab ferner der Hoffnung Ausdruck, daß es nicht dahin kommen möge, daß die Schiedsrichter der englischen Regierung erwiderten: Ihr habt im Einklange mit den Vertragsbedingungen die Gegenseit eingereicht und deshalb werden wir ungeachtet eurer Erklärungen mit der Beurtheilung vorgehen, und wenn das sich als nichtig erweist, auch in eurer Abwesenheit entscheiden. — Hierauf bemerkte Lord Granville, an einer solchen Möglichkeit könne die Gegenseit überhaupt nichts ändern, und wenn die Schiedsrichter sich das in den Kopf gesetzt hätten, so hätten sie ja auch ohne die Gegenseit ihre Beurtheilung vornehmen können. Uebrigens erklärte er in Erwiderung einer Aeußerung Lord Westbury's, er habe Sorge getragen, die Regierung nicht im Punkte der indirecten Forderungen zu compromittiren, und er habe hierfür die Bestätigung der amerikanischen Regierung. — Der Marquis of Salisbury drückte den vom Führer der Opposition angebotenen Gedanken mit bedeutend größerer Entschiedenheit aus, indem er sich zu der Ansicht bekannte, die letzte Möglichkeit, gegen die Jurisdiction des Genfer Tribunals im Punkte der indirecten Ansprüche zu protestiren, habe sich die Regierung selbst genommen, denn unter den heutigen Verhältnissen könne die Sache ihren Fortgang nehmen, und die Schiedsrichter könnten eine runde Summe bestimmen, ohne die Classe der Forderungen zu nennen, für welche dieselbe als Entschädigung ausgemessen sei. — Earl Grey deutete an, er sei nach der Erklärung des Ministers des Auswärtigen nicht überdrüssig, daß Earl Russell seine Resolution angekündigt habe. — Lord Benezare auf der anderen Seite leitete als Jurist aus den Worten Lord Granville's den Schluß ab, daß nach Empfang der amerikanischen Antwort in Betreff der indirecten Forderungen die Regierung vollkommene Freiheit habe, sich vom Schiedsgerichte loszusagen. — Der Herzog von Somerset war im Wesentlichen gleicher Meinung mit Lord Russell, und nachdem Lord Granville schließlich noch in Erwiderung einiger Bemerkungen Lord Colclough's verheißt, daß Gegenseit und Erklärung der Regierung vor der Debatte über Lord Russell's Adresse im Druck vorliegen sollten, fand die Erörterung ihren Abschluß.

Im Unterhause gab der Premier eine Erklärung in Betreff der Gegenseit an das Schiedsgericht, welche mit derjenigen Lord Granville's übereinstimmte und außerdem noch die Bemerkung enthielt, daß die Staatschrift keine Erörterung der directen Forderungen enthalte. Mr. Disraeli äußerte ein dringendes Verlangen nach Vorlegung der Actenstücke, und erkundigte sich außerdem, ob der Lord Oberichter Goddard seine Functionen als Schiedsrichter wieder aufnehmen werde. Legtere Frage wurde vom Premier bejaht und auch die Vorlegung der Gegenseit verheißt. Da er übrigens hierbei nicht ausdrücklich die Erklärung in Betreff der indirecten Ansprüche mit erwähnte, so ging ihm Herr Disraeli nochmals mit dem Anscheine großer Wichtigkeit zu Leibe, und Herr Gladstone mußte sich augenblicklich gereizt herbeilassen, auch noch über diesen Punkt eine ausdrückliche Zusage zu ertheilen. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung beantragte Sir W. Lawson eine Adresse an die Krone, auf daß die nothigen Schritte gethan würden, damit die Regierung sich von allen Verträgen losgäbe, welche England nöthigten, sich mit Waffengewalt in die Angelegenheiten anderer Länder zu mischen. Diese Verträge zählte der Redner auf und rechnete 15 im Ganzen heraus, von denen er besonders die Garantie für Belgien hervorhob. In den Verträgen fand er die Hauptveranlassung zur Aufrechterhaltung der bedeutenden Heeresmacht, die England heute auf den Weiten halte. Das Eingreifen der englischen Regierung in Streitigkeiten des Auslandes, behauptete er, sei stets nutzlos gewesen, und die weiseste Politik würde sein, freundschaftlich mit allen Nationen, allein Bündnis mit keiner. — Herr Lytton schloß sich dem Antrage an und hielt zur Begründung eine Rede gegen die sogenannte Palmerston'sche Politik, wobei er auch auf den letzten Krieg und die Veränderungen zu sprechen kam, welche derselbe in Europa herbeigeführt habe. — Andererseits hielt Dr. Sinclair Lytton die Resolution Lawson's für überflüssig, weil das Parlament die Mittel in der Hand habe, die Interessen der Steuerzahler in Betreff aller dieser Verträge zu wahren. Da nämlich das britische Volk durch königliche Privilegien nicht bestraft werden könne, so dürfe auch kein Vertrag,

welcher die Herausgabe von Geldern für Rüstungen und ähnliche Zwecke nach sich ziehe, für gültig erachtet werden, ohne daß das Haus seine Zustimmung ertheilt habe. — Herr Carl v. Riga betonte, daß Sir W. Lawson gerade die Verträge, unter welchen England am stärksten gebunden sei, ausgelassen habe, um diejenigen zu nennen, welche man weniger als Garantien denn als Anerkennungserklärungen von Thatsachen aufzufassen habe, die dadurch dem europäischen Völkerrecht eingereicht würden. Zum Beweise dieser Behauptung besprach der Redner einige der wichtigsten diplomatischen Verbindlichkeiten Englands und führte bei Erörterung der Nichtinterventionstheorie aus, dieselbe würde England zu einem chinesischen Stillstande bringen, und die Gelegenheiten, den Frieden zu erhalten und Civilisation und Fortschritt zu fördern, wesentlich beeinträchtigen. — Sir D. Wedderburn brachte alsdann noch den Vertrag mit Nicaragua aufs Tapet, worauf der Premier das Wort nahm, um die Resolution Lawson zu bekämpfen. Er wandte gegen dieselbe hauptsächlich ein, daß dieselbe leicht im Auslande die irrige Meinung erzeugen könne, daß England die Entscheidung gemacht habe, es sei mit seiner früheren auswärtigen Politik auf falschem Wege, und daß es aus diesem Grunde beabsichtige, die genannte Politik vollständig umzuwerfen, während doch in Wirklichkeit die Meinungsverschiedenheiten der englischen Parteien über auswärtige Politik mehr Differenzen bezüglich des Grades der Anwendung, als bezüglich des Grund-Principes seien. Sir W. Lawson's Idee über die bindende Kraft von Verträgen fand er unrichtig. Nach Lord Palmerston gebe eine Garantie allerdings das Recht, lege aber nicht immer und unter allen Umständen die Pflicht auf, einzugreifen, und in den meisten der erwähnten Verträge, die er kurz durchging, sei die Garantie vielmehr von der Natur einer bestimmten Erklärung der Thatsache als eines besonderen Bündnisses. Die bindende Kraft dieser Garantien, sagte Herr Gladstone im Weiteren auseinander, würde sehr von der Stimmung des Volkes zu der gegebenen Zeit abhängen, und obgleich man mit denselben sparsam umgehen müsse und nur bei ernstlichen Gelegenheiten sich darauf einlassen dürfe, auch dann sehr bestimmt in Betreff der Bedingungen sein müsse, so seien doch Garantien mitunter sehr nützlich gewesen, um Kriege zu beschränken oder abzuwenden, wie man in neuerer Zeit wieder in Betreff Luxemburgs und Belgiens gesehen habe. Es würde aber wenig nützen, ein abstractes Gelöbniß der Nichtintervention zu Protocoll zu geben, da dasselbe doch nicht gehalten würde, indem das britische Volk, ohne Neigung zu einer Politik der Einmischung zu haben, doch auch keine Sympathien mit den Ansichten einer kleinen Partei habe und nicht gesonnen sein dürfte, sich von jeder Einmischung in die Interessen des Friedens und der Civilisation loszusagen. — Bei der Abstimmung wurde der Antrag Lawson mit 128 gegen 31 Stimmen abgelehnt. — Herr Baillie Cockrane interpellirte in Betreff der Internationalen. Er verfolgte das Wachsen der Gesellschaft von ihrem Ursprunge an bis heute, wo sie in England 180,000 Mitglieder zähle und sprach von ihrem "höflichen Programm", das alle Religion, staatliche Ordnung und gute Regierung untergrabe. Im Uebrigen sei er auseinander, es gehöre sich, daß diejenigen, welche für die Sicherheit des Publicums verantwortlich seien, nicht die Existenz einer so gefährlichen und verderblichen Gesellschaft ignoriren sollten. — Dr. Brewer äußerte sich gegen eine Erörterung des Gegenstandes, weil dieselbe leicht der Gesellschaft eine künstliche Wichtigkeit verleihen könne, die ihr in Wirklichkeit gar nicht zukomme. — Der Earl of Devonport äußerte seine Meinung und griff die Internationale als eine Vereinigung an, die den Gelehen der civilisirten Gesellschaft widerstrebe, da ihr Zweck die Verneinung aller Religion, die Abschaffung der Ehe, die Herabsetzung der nationalen Verfassung und die Einführung des Communismus in seiner schlimmsten und abhorrlichsten Form sei. — Herr J. A. C. theilte die Ziele der Internationalen in politische und sociale und hielt die letzteren für die wichtigsten. Was die ersteren anbelange, so bemerkte er, keine vernünftige Regierung würde die Grenzen des Gesetzes überschreiten, um Meinungen auszurotten. Wenn die Mitglieder freilich gegen das Gesetz verstießen, so solle man sie bestrafen. Was die letzteren anbetraf, so müsse man denselben mit der Kraft logischer Gründe entgegen treten, was der Redner denn auch alsbald mit einer Erörterung gegen das Princip der Staatshilfe that, die im Munde eines so ehrlichen und tadellosen Radikals ihre Wirkung nicht verfehlen dürfte. — Der Minister des Innern äußerte sich ebenfalls gegen die Ziele der Gesellschaft, welche er beiläufig für weniger bedeutend erklärte, als man gewöhnlich annehme. Uebrigens sei das Gesetz für alle Zwecke hinreichend und wenn die Nothwendigkeit vorliege, werde man auch schon dasselbe in Anwendung bringen.

London, den 14. April. Wie der "Observer" erfährt, verbleiben Caleb Cushing, Coates und Davis in Paris bis zum Aufsammentritt des Genfer Tribunals, welcher im Monat Juni erfolgen soll. Dem Vernehmen nach sind die amerikanischen Commissarien der Ansicht, daß nach erfolgter Ueberreichung der Replik die Schiedsrichter über die dem Schiedsgerichte unterbreiteten Schriftstücke selbst dann zu erkennen haben, wenn eine der beiden Parteien sich von dem Schiedsgerichte zurückziehen sollte.

Frankreich.

Paris, den 12. April. Wir haben bereits gemeldet, daß der Generalrath von Courcy in einer besonderen Resolution das System der fiktiven Rechnungen und Zahlungsanweisungen verworfen hat. Wie man nachträglich erfährt, nahm Herr Bouyer-Quertier, welcher noch immer Präsident dieses Generalraths ist, an der Debatte Theil und benutzte die Gelegenheit, seine Diktatur vor dem Schiedsgerichtshof von Rouen zu rechtfertigen und Erklärungen abzugeben, die freilich einem Widerspruch ähnlicher sahen als einer Rechtfertigung. "Niemand", sagte er, "hat wohl ein besseres Recht als ich, gegen die Theorien Einspruch zu erheben, die mir in den Redaktionen der Zeitungen in den Mund gelegt worden sind. Die Lehren über Finanzen und Verwaltung, welche ich vor dem Schiedsgericht darlegte, waren sehr einfach. Ich muß daran erinnern, daß es einer meiner ersten Acte als Finanzminister war, den gefährlichen Mißbrauch abzuschaffen, der sich unter dem Namen Birements in unsere Verwaltung eingeschlichen hatte. In Rouen hatte ich mich aber nur darüber zu äußern, ob ein Verwaltungsbeamter im Sinne des Strafgesetzes schuldig sei, diesen Mißbrauch geübt zu haben, und da mußte ich allerdings an die Gewohnheiten der Epoche erinnern, in welche die incriminirten Acte fielen. Der Generalrath wolle sich erinnern, daß wir seiner Zeit an den Präfecten strenge Verwarnungen gerichtet, die von ihm gebrauchten Ausdrücke scharf getadelt und seine Rechnungen erst dann bestätigt haben, als wir die Uebersetzung gewonnen hatten, daß eine Entwendung, ein Unterschleif nicht vorlag. Ueber den letzteren Punkt in Rouen befragt, mußte ich nach meiner innersten Ueberzeugung mit Nein antworten, und da im Ministerrath hiergegen die Meinung vorherrschte, daß der Staat eine gewisse Summe von dem Präfecten zurückzufordern habe, so glaubte ich, meine Entlassung geben zu sollen." Diese Erklärungen scheinen dem Generalrath noch nicht befriedigend zu haben; denn nach einigen Worten des Herzogs von Broglie beschloß der folgende Resolution: "Nachdem der Generalrath in seiner letzten Session die Rechnungen, welche zu dem gedachten Proceß Anlaß gaben, zu prüfen seine Gelegenheit hatte, muß er nochmals erklären, daß er den Gebrauch fiktiver Rechnungen und Zahlungsanweisungen stets verworfen hat und entschlossen ist, die Wiederkehr solcher Mißbräuche zu verhüten."

Im Generalrath des Morbihan führt der General Anthon den Vorschlag. Er begann seine Eröffnungsrede mit folgenden Worten: "Die allgemeine Lage des Landes ist noch immer die nämliche. Der Kampf zwischen dem Guten und dem Bösen dauert fort. Auch ich habe, wie Sie wissen, gegen die "Whilister" zu kämpfen gehabt. Zum Glück liegt das in der heilige Woche, und da ich stets das große Vorbild vor Augen hatte, konnte ich mit vollkommener Seelenruhe aus dem Kampfe hervorgehen."

(R. H.) Erst in neuerer Zeit hat das sogenannte "droit de Station", kraft dessen beim Ein- und Ausgange von jedem Collo eine Abgabe von 10 C. durch die französischen Zollbehörden erhoben wird, zu mehreren diplomatischen Schritten Veranlassung gegeben. Die hiesigen Vertreter Oesterreichs, Spaniens, der Schweiz und ganz zuletzt noch Hollands haben ganz energisch gegen diese Steuer Beschwerde geführt, indem sie ihre Reclamationen grundsätzlich auf den Sachgrund setzten, daß in allen Handelsverträgen wiederkehrt, daß Frankreich nicht das Recht habe, einseitig und ohne die Zustimmung des anderen Contractanten neue Zollabgaben auszusprechen und zu erheben. Was namentlich Anlaß zu Beschwerden bot, war die Ausdehnung dieser statistischen Abgabe auch auf die Vieheinfuhr, so daß eine Hammelherde von beispielsweise 100 Stück mit einem besonderen Eingangszoll von 10 C. für jedes einzelne Stück Vieh, das man somit als Collo betrachtete, im Ganzen also mit einer Extrasteuer von 10 Fr. belastet ward. Bis jetzt sind freilich diese Reclamationen noch immer erfolglos geblieben; aber die Stellung, die namentlich Oesterreich eingenommen, indem es sich jenen Reichthümern anschloß, verdient hervorgehoben zu werden. Die italienische Regierung hat noch keinen derartigen Schritt hier veranlaßt.

Der Herzog v. Gramont hat im "Constitutionnel", im "Paris-Journal" und wie es scheint auch in einigen englischen Blättern folgende Note verbreiten lassen: "Es ist das Gerücht in Umlauf gesetzt worden, daß der Sichelbewahrer des Herzog v. Gramont zu sich beschreiben hätte, um ihn wegen des Verschwindens der diplomatischen Actenstücke zu verhören, welche der Herzog nach seinem eigenen Geständnisse am 8. August 1870 dem Fürsten Latour d'Auvergne übergeben und die der Letztere am 4. September an einen sicheren Ort außerhalb Frankreichs geschickt hat. Dieses Gerücht entbehrt jeder Begründung. Was die fraglichen Actenstücke betrifft, so wurden dieselben als das persönliche Eigenthum Napoleon III. angesehen. Die Originale davon waren dem Minister für den Fall zur Verfügung gestellt worden, daß er den Vertretern Oesterreichs und Italiens gegenüber von ihnen Gebrauch zu machen hätte. Sie bestanden aus zwei Vertragsentwürfen, von denen der eine zwischen Frankreich und Italien, der andere zwischen Frankreich und Oesterreich abgeschlossen war; der erstere war von der Hand Victor Emmanuel's geschrieben, der in diesem Falle ohne Vorwissen seines Cabinets gehandelt hätte, und beide waren von eigenhändigen Schreiben der betreffenden Souveräne begleitet. Jeder dieser Verträge bestand aus 4 Artikeln und enthielt die Versicherung der Punkte an der Grenze, wo die alliierten Armeen in Frankreich und in Deutschland einrücken sollten, um ihre Bewegungen mit denjenigen ihrer Truppen in Einklang zu bringen. Als der Krieg begann, waren diese Actenstücke noch nicht unterzeichnet, und nach der Schlacht von Wörth gaben der König von Italien und der Kaiser von Oesterreich den Befehl, Frankreich zu Hilfe zu kommen. Unter diesen Umständen beschloß (der inzwischen verstorbenen) Herr v. Latour d'Auvergne, da es ihm namentlich am Herzen lag, die beiden Souveräne nicht zu compromittiren, jene Actenstücke nicht in den Händen der siegreichen Emte zu lassen, und befürwortete sie nach einem Orte außerhalb Frankreichs." Dazu bemerkt die "République française": "Der Zweck dieser Note ist leicht zu errathen. Nachdem die Geschichte von einer russischen Intervention, mit welcher die Männer des Kaiserreichs vor einigen Monaten so viel Lärm machten, durch die neuesten Veröffentlichungen vollkommen entkräftet worden ist, wollen sie jetzt der Welt glauben machen, sie hätten Vertragsentwürfe in Händen, welche, wie sie sagen, 'abgeschlossen', jedoch nicht 'unterzeichnet' gewesen wären und deren Wirkung die Schlacht von Wörth vereitelt hätte. Diese Vertragsentwürfe nun, welche in Folge des Erfolgs unserer Waffen für die beiden Souveräne von Oesterreich und Italien, für den Letzteren 'ohne Vorwissen seines Cabinets', bindend gewesen wären, sollen nach der Lehre der December-Männer für das Eigenthum Napoleon III. gelten und daher ganz rechtmäßig am 4. September entführt worden sein. Es ist vollkommen richtig, daß Herr von Latour d'Auvergne am 4. September die auf die letzten Unterhandlungen der kaiserlichen Regierung bezüglichen Actensammlungen zur Expedition nach England aufgab; es ist aber nicht minder richtig, daß diese Actensammlungen Frankreich niemals verlassen haben und daß, um mit dem Minister von 1870 zu sprechen, 'die siegreiche Emte' jene Acten gegenwärtig in ihren Archiven hat. Der Minister des Aeußern konnte demnach, ohne daß sein College von der Justiz die unzulässige Lehre von dem Eigenthumsrecht eines Individuums an Staatspapieren zu prüfen brauchte, sich mit allen Beweismitteln in der Hand von der Ohnmacht einer Politik überzeugen, welche Frankreich ohne Bundesgenossen ließ und sich gar keine ernstliche Mühe gegeben hatte, solche zu erwirken. Die öffentliche Meinung hat das Verhalten von Männern, die sich unter dem Vorwande einer abweichenden, politischen Richtung rühmten, ihrem Vaterlande seine Rettung anvertraut zu haben, schon nach Verdienst geachtet. Wir fordern den Herzog von Gramont noch einmal heraus, zu beweisen, daß die Regierung des Kaiserreichs von Oesterreich oder Italien irgend etwas empfangen hätte, was sie dazu berechtigen konnte, einen Bestand von der einen oder anderen dieser Mächte zu erwarten. Die Veröffentlichung der fiktiven Sanbtschriften, von welchen die Note des 'Constitutionnel' spricht, kann ja, nachdem die Sache selbst an den Tag gebracht worden, die betreffenden Souveräne nicht mehr blossstellen. Die Agentur von Chislehurst ist also verpflichtet, zu sprechen, wofür sie sich nicht der Anklage aussetzen will, eine große Verleumdung in Umlauf gesetzt zu haben. Wir gewärtigen ihre Enthüllungen."

Das "Journal des Débats" veröffentlicht folgende ihr, wie es scheint, von der russischen Botschaft zugegangene Note: "Der 'Figaro' meldet, daß in der russischen Kapelle öffentliche Gebete für die Genesung der Kaiserin von Rußland abgehalten worden wären. Dies ist ein Irrthum. Es geht der Kaiserin bedeutend besser. Der Czar wird am 17. Livadia verlassen und soll am 21. April in St. Petersburg eintreffen."

Der Redacteur des in Vitry-le-François erscheinenden, republikanischen Blattes: "Le Messager de la Marne", Herr Bessé, ist am letzten Mittwoch von einer preussischen Abtheilung verhaftet und sogleich mittels Eisenbahn nach Reims gebracht worden. Anlaß zu dieser Maßregel gab ein Artikel, welchen der Messager ohne weitere Prüfung einem Blatte des Jura-Departements entlehnt hatte, und dem zufolge in Velfort alle Augenblicke Soldaten der preussischen Garnison nach der Schweiz oder gar zu der französischen Fremdenlegation desertiren sollten.

Auf Grund der von Auguste Blanqui eingelegten Nichtigkeitsbeschwerde hat der Revisionsrath das Erkenntnis des vierten Kriegsgerichts von Versailles, welches den berühmten Revolutionär zur Deportation verurtheilt hatte, wegen eines Formfehlers umgeworfen und die Sache zu neuer Verhandlung an das dritte Kriegsgericht verwiesen. Der Formfehler besteht darin, daß die Verhaftung eines in contumaciam Verurtheilten das ganze vorangegangene Verfahren gegen ihn annullirt, eine neue und förmliche Vernehmung Blanqui's in Anklagezustand hätte erfolgen müssen, was aus Versehen unterblieben war.

Paris, den 13. April. Man liest im "Avenir militaire": Der Generalbericht über die Capitulation von Metz ist endlich beendet. Er füllt nicht weniger als 50 Seiten, welche den Erfolg der Prüfung aller Acten dieser gewaltigen Angelegenheit geben. Die Vorlesung dieser großen Arbeit soll heute zum ersten Male vor der von Marschall Baraguey d'Hilliers präsidirten Commission stattfinden, welche, wie man weiß, außer dem Marschall noch aus vier Divisionsgeneralen der Reserve zusammengesetzt ist. Es ist beschlossen worden, daß nach Verlesung des gesamten Berichtes man Paragraph für Paragraph, Satz für Satz prüfen wird, um den Sinn und die Tragweite der Worte genau zu bestimmen. Diese Arbeit wird sicherlich noch einige Sitzungen der Commission in Anspruch nehmen. Nur nach der Prüfung des Berichtes in seinen Gesamtheit und in jedem seiner Theile werden die Entscheidungen endgültig formulirt und dem Bericht beigelegt werden.

Das "Journal officiel" veröffentlicht ein vom 25. März datirtes Rundschreiben des Ministers des Innern, Victor LeFranc, an die Präfecten, welches in Hinblick auf die damals bevorstehende Session der Generalräthe neue Instruktionen über die Virements der verschiedenen Credit, über die Zahlungsanweisungen und den Abschluß der Rechnungsverträge enthält. Der Minister ruft den Präfecten in's Gedächtnis, daß nach dem neuen Departementalgesetz die Virements nur auf spezielle Erlaubnis des Präsidenten der Republik erfolgen können, daß sie ferner nur für obligatorische, nicht aber für in das Gutachten der Präfecten gestellte Ausgaben zulässig sind und daß man in der Praxis, von außerordentlichen Fällen abgesehen, nur für dringende Zahlungen zu ihnen Zuflucht nehmen darf. Desgleichen dürfen die Präfecten in ihren Zahlungsanweisungen niemals die ihnen von der Regierung angewiesenen Riffen übersteigen, die Bestimmungen der Credit nicht aus eigener Machtvollkommenheit ändern und auch niemals, es sei denn, wenn Arbeiten in Regie gegeben worden sind, eine Zahlungsanweisung ertheilen, so lange die Ausgabe nicht effectiv gemacht worden ist. Bei dieser Gelegenheit verbreitet sich der Minister in scharfen Ausdrücken über die Ungeheuerlichkeit der fiktiven Zahlungsanweisungen. Endlich sollen nach dem Circular Lieferungen auf dem Privatwege, d. h. ohne öffentliche Freilbietung nur im Falle offenkundiger Dringlichkeit gestattet sein, und auch dann, wie alle anderen Verträge von den Präfecten nur nach eingeholter Zustimmung der Departemental-Commission abgeschlossen werden dürfen. Herr Victor LeFranc spricht schließlich die Hoffnung aus, daß diese Bestimmungen das Princip einer strengen Kontrolle in die Staatsbuchhaltung einführen und den Ruf der Rechtfertigkeit, dessen sich die französische Verwaltung erfreut, unverletzt erhalten werden.

Gambetta, der nach seiner Rede von Angers spurlos verschwunden war, ist, wie man jetzt erfährt, in der Nacht vom 9. zum 10. April in Paris eingetroffen. Es heißt, daß er dort einige Tage bei seinem Freunde Tissier verbringen will; das indifferente Verhalten der Bevölkerung ließ ihm bisher ein öffentliches Auftreten in der Hafenstadt nicht rathlich erscheinen.

Paris, den 14. April. Das "Journal officiel" meldet, daß der Bahnamzug vom 20. d. ab für die belgische Grenze und die Canalschiffe als aufgehoben zu betrachten ist. Die Angabe der Namen Seitens der Reisenden soll genügen.

Wie der "Agence Havas" aus Madrid berichtet wird, hat der Kriegsminister alle Unteroffiziere und Soldaten des Beurlaubtenstandes unter die Fahnen gerufen.

Schweiz.

Genf, den 14. April. Die amerikanischen und englischen Bevollmächtigten sind hier zu dem morgen stattfindenden Austausch der auf die Alabamafrage bezüglichen Schriftstücke eingetroffen.

Italien.

Rom, den 13. April. Der Papst empfing heute eine Deputation von 400 Personen aus verschiedenen Ländern Europas und erwiderte auf die ihm überreichte Adresse Folgendes: "Da Sie den Wunsch ausdrücken, daß ich den Katholiken aller Länder den apostolischen Segen ertheile, so rufe ich den Segen des Himmels zunächst an für Portugal, weil die Bevölkerung dieses Landes eine so treffliche ist. Beten wir insonderheit für dieses Land, welches sich unter der argen Tyrannie des Freimaurerwesens befindet. Ich segne Spanien, das Land, dem so viel Seeligen entschlungen und welches seit langer Zeit sich stets inmitten der Revolution befindet. Ich segne Frankreich, das so reich ist an edlen Geistern; ich flehe Gott an, daß diese Nation geeint und einträchtigen Sinnes ihren Weg finde, daß die extremen Parteien sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite für immer verschwinden mögen. Es giebt dort eine Partei, welche vor dem Einfluß des Papstes eine allzu große Furcht hegt; diese Partei muß erkennen, daß ohne die Demuth keine Partei gerecht sein könne; in Frankreich aber besteht noch eine andere Partei mit gerade entgegengekehrter Gesinnung, welche vollständig die Gesetze der christlichen Liebe vergißt; ohne diese Liebe aber kann man nicht wahrhaft katholisch sein. Der ersten Partei rathe ich zur Demuth, der anderen zur christlichen Liebe, allen aber zur Vereinigung und Eintracht, damit sie gemeinsam den Unglauben und die Gottlosigkeit bekämpfen. Ich segne Italien, das arme Land, dem die Freiheit fehlt; denn ist jene Blutsteuer, die man von dem Lande für den Kriegsdienst fordert, nicht so gut wie eine Sklavensette? Ich bete für Deutschland, wo jetzt ein der katholischen Kirche feindlicher und ehrsüchtiger Geist einen Kampf angefaßt hat, auf daß das Land fest und beständig in seinen Gesinnungen verbleibe. Allerdings ist es in allen Staaten nothwendig, daß man demjenigen gehorche, welcher die Staatsgewalt bezieht, aber nicht minder nothwendig ist es, die Wahrheit zu sagen. Beten wir zu Gott, daß er den Bischöfen Deutschlands Kraft verleihe, damit sie den Rechten Gottes, der Kirche und der Gesellschaft eine kräftige Stütze seien. Schließen wir in unser Gebet auch jene thörichten Menschen ein, welche sich Altkatholiken nennen, weil sie in die Kirche alte und längst widerlegte Irrthümer wieder eingeführt haben. Beten wir für das österreichische Kaiserreich, welches unseres Gebetes in so hohem Grade bedarf. Beten wir auch für Belgien, welches dem heiligen Stuhle so anhänglich ist; dieses Land segne ich ganz besonders und wünsche, daß es in den Gesinnungen verbleibe, welche es jetzt hegt. Ich segne die Katholiken in Irland, Polen, Holland, kurz in ganz Europa, nicht minder aber diejenigen in Amerika und dem Orient. Ich flehe zu Gott, daß er jenes verhängnisvolle Schisma in Konstantinopel enden lasse." Der heilige Vater schloß seine Rede, indem er vor Allen den Gläubigen Eintracht anrath, damit sie die Schlächten des Herrn im Glauben und in der Gerechtigkeit durchkämpfen können.

Dem "Economista d'Italia" zufolge beabsichtigt der Finanzminister, von den durch das neue Finanzgesetz genehmigten 300 Millionen Banknoten zunächst 80 Millionen in Umlauf zu setzen.

Donaufürstenthümer.

Bucharest, den 13. April. Die Regierung hat eine Bekanntmachung erlassen, nach welcher der Liquidationstermin für das Bauunternehmen der Bahn von Jassy bis an die russische Grenze auf den 9. Juni anberaumt ist.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, den 11. April. Wir erhalten heute die Nachricht von dem gestern erfolgten Tode des Directors des historisch-philologischen Instituts, des Geheimraths J. Steinmann. In Wiesbaden, wohin er vor einigen Wochen zum Besuche seiner Familie gereist war, raffte ihn im 54. Lebensjahre eine Lungenischwindsticht im Laufe weniger Tage dahin.

Die "Mosk. Ztg." schreibt, daß bei Gelegenheit der Verhandlungen des Reichsraths über die Organisation des Justizwesens in Polen beschlossen sein soll, die Gemeindegerichte in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung bestehen zu lassen und ihrer Thätigkeit ein gleiches Gewicht zu geben wie derjenigen der Friedensrichter in den Städten. Die Friedensrichter-Versammlungen sollen zu gleichen Theilen aus Friedensrichtern und Vorstehern der Gemeindegerichte bestehen. Was die weiteren Details der in Polen durchzuführenden Justizreform betrifft, so sollen dieselben in der Einführung der allgemeinen Gerichtsinstitute und zwar in derselben Form, wie im russischen Reich, bestehen, d. h. es sollen Bezirksgerichte, eine Justizpalate gebildet und eine mit dem ganzen Reich gemeinsame Cassationsinstanz eingeführt werden. Eine Veränderung wird darin hervortreten, daß das Institut der Geschworenen — zeitweilig — fallen wird und einige besondere Regeln über die Organisation der Procuratur, über die Beaufichtigung der Gerichtsinstitute und Personen, über ihre Verantwortlichkeit, die Pflichten und Rechte der Justizbeamten und die Organisation des Advocatenstandes Geltung haben sollen. Es wird verordnet, daß die Einführung der neuen Gerichte nicht vor dem letzten Drittel des Jahres und nicht später als zum Beginn des Jahres 1873 stattfinden wird.

Im Communicationsministerium soll, wie die "Mosk. Ztg." schreibt, die Frage von der Uebersetzung des Gepädes auf den Eisenbahnen angeregt sein. Ferner soll dem Eisenbahn-Comité die Vorstellung desselben Ministeriums über den Bau folgender Eisenbahnen in Polen vorgelegt sein: 1) von Lohz nach Kalisch und Werschow, um Breslau in kürzester Verbindung mit Warschau zu bringen; 2) von Warschau über Modlin nach Mawa (an der preussischen Grenze); 3) von Lufow über Lublin nach Tomaszew an der österreichischen Grenze; 4) von Piotrowsk nach Sandomir.

Bei Kaluga ist die Ota und bei Woroneß ist der Don aufgegangen.

Türkei.

Konstantinopel, den 13. April. Prinz Friedrich Karl von Preußen wurde vom Sultan in besonderer Audienz empfangen. — Jusuf-Aziz-Edin-Oglu, der Sohn des Sultans, wurde zum Oberbefehlshaber der kaiserlichen Garde ernannt. — Der russische Gesandte, General Ignatieff, ist nach der Krime abgereist.

Amerika.

Washington, den 11. April. Das Comité für auswärtige Angelegenheiten hat dem Repräsentantenhaus zu Gunsten einer Resolution Bericht erstattet, welche dem Präsidenten anempfiehlt, die unbedingte Freilassung Dr. Quarts, welcher von den spanischen Behörden in Cuba gefangen gehalten wird, sowie die Rückgabe seines confiscirten Eigenthums zu verlangen.

Am Dinstag, den 16. April, sollen im ganzen Bereiche der Vereinigten Staaten Trauerfeierlichkeiten zu Ehren des vor wenigen Tagen dahingegangenen Professors Morse stattfinden. In Washington findet die officielle Feier am Abende des genannten Tages im Repräsentantenhaus statt.

Einem Kabeltelegramme zufolge explodirte am 11. d. die Dampfessel des "Oceanus"; das Rad gerieth in Flammen und von den 100 Personen an Bord kamen 60 um. Das Unglück ereignete sich auf dem Mississippi in der Nähe von Cairo.

Newyork, den 12. April. Eingetroffenen Meldungen zufolge hat die Regierung von Guatemala den Staaten San Salvador und Honduras den Krieg erklärt.

Aus der dr. Dampfer "Tasmanian" eingetroffenen südamerikanischen Post mit Daten von Valparaiso, 29. Februar, Callao, 7. Colon, 22. Jamaica, 28. St. Thomas, 28. und Barbados, 30. März, ist nur Folgendes hervorzuheben: Der Peruanische Congress hat den Modus für die Präsidentenwahl geändert und das Ballot eingeführt. Salvador und Guatemala haben einen neuen Vertrag abgeschlossen. Die hauptsächlichsten Bestimmungen desselben sind: Offensiv- und Defensivallianz; Verbannung der Jesuiten aus beiden Ländern, gleichviel in welcher Eigenschaft sie sich geriren; gegenseitige Verschönerung gegen innere Aufstände, mit Vollmacht für Guatemala, in Santa Anna und Salvador in Chiquimula Truppen auszuheben; sowie schließlich Unterdrückung von Mißbräuchen der Presse.

Telegramme des „Hamburg. Correspondenten“.

Dresden, den 15. April. (Reut. Tel.) Der Bankdirector Arnstedt, bisher Vorstand der norddeutschen Grund-Creditbank in Berlin, hat die von dem Verwaltungsrath auf ihn geleitete Wahl zum ersten Director des Sächsischen Bankvereins zu Dresden angenommen.

Stuttgart, den 15. April. Bei der gestern im 16. Wahlkreise abgehaltenen Reichstagswahl fielen von 10,603 abgegebenen Stimmen 6750 Stimmen auf Graf Bispingen (ultramontan), 2614 auf den Herrn v. König (nationalliberal) und 1253 Stimmen auf Cändle (Volkspartei). Graf Bispingen ist somit zum Reichstagsabgeordneten gewählt.

Darmstadt, den 14. April. (Reut. Tel.) Heute tagte hier die Commission, welche die Grundprinzipien für eine neue bürgerliche Städteordnung zu berathen hat. Das Prinzip allgemeiner und direkter Wahlen, durch Obli vorzugsweise vertheidigt wurde, wie verlautet, namentlich von den Vertretern Offenbachs heftig bekämpft. In 14 Tagen soll eine größere Delegirten-Versammlung stattfinden.

Offenburg, den 14. April. (Reut. Tel.) Die heute hier vom Geheimrath Windheid eröffnete Landesversammlung der Altkatholiken war von mehr als 2000 Theilnehmern besucht. Die Professoren Reintens und Knobdt traten als Redner auf.

London, den 16. April. (Reut. Tel.) Die Correspondenz mit Spanien, betreffend die Internationale, ist jetzt veröffentlicht. Minister de las Cortes am 9. Februar Granville auf einer Convention aller Staaten gegen die Internationale mitzuwirken. Granville lehnte am 8. März ab und hob hervor, daß die Internationale die Gesetze Englands nicht verletze habe.

Westen fand ein großes Meeting ehemaliger Mitglieder der Internationale statt, in welchem ein Protest gegen das Verhalten der Direction der Internationale beschlossen werden sollte: die Beschlussfassung wurde jedoch auf den 22. April verschoben.

Die landwirtschaftliche Kammer von Warwickshire hat beschlossen, eine Konferenz betreffend die von den ländlichen Arbeitern gestellten Forderungen mit deren Vertretern abzuhalten.

Paris, den 15. April. (Orig. Tel.) Pouyer Quertier ist zum Vizepräsidenten des obersten Handelsrathes ernannt worden, dessen Präsident der Handelsminister ist. Die Ernennung wird als ein Vorzeichen der in Aussicht stehenden Sendung des vormaligen Finanzministers nach Berlin betrachtet.

Neueste Nachrichten.

Berlin, den 15. April. (R. T.) Sitzung des Reichstages. Das Uebereinkommen mit Spanien und Italien bezüglich Ausdehnung der mit dem Norddeutschen Bunde abgeschlossenen Consularverträge auf das Deutsche Reich werden in dritter Lesung ohne Discussion genehmigt. Es folgt die dritte Lesung der Consular-Convention mit der nordamerikanischen Union. Auf die von Georgi geäußerte Beschwerde, daß in der Convention nicht auch für den Schutz des geistigen Eigenthums gesorgt sei, erwiderte Präsident Delbrück, er habe einen Nachdruckvertrag mehrfach vorgelegt, dazu bedürfe es jedoch zunächst des Erlasses eines Nachdruckgesetzes in America. Der Bundes-Commissar erklärte ferner, die Regierung beabsichtige den Abschluß einer entsprechenden Convention mit den andern amerikanischen Staaten namentlich mit Brasilien. Die Vorlage wird mit einem Antrag von Schleiden und Kapp, wonach protocollarisch festgestellt werden soll, daß das im Verträge gedruckte Wort "Property" Grundeigenthum bedeute, und daß das Wort "Citizen" in dem Artikel 10 auch für Personen weiblichen Geschlechts gelten soll, genehmigt.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten. Der Antrag Wagner's auf Vorberatung der §§ 61-66 und 70 bis Schluß durch eine Commission und Verathung der übrigen Artikel im Plenum wird angenommen, und schließlich der Gesetzentwurf wegen Erhebung der Brausteuer nach längerer Debatte einer Commission überwiesen.

Nächste Sitzung morgen.

Berlin, den 5. April (Reut. Tel.) Cardinal Fürst Hohenlohe ist aus Rom hier eingetroffen.

München, den 15. April. (Reut. Tel.) Die Abgeordnetenversammlung hat heute den Antrag Freytag's, betreffend Einziehung der bayerischen außerdeutschen Gefandtschaften, mit Ausnahme derjenigen in Wien, sowie den Antrag Herz, auch die Wiener Gefandtschaft aufzuheben, abgelehnt.

Prag, den 15. April. (Orig. Tel.) Die Börsenkrisis ist noch nicht beendet, die Liquidation wurde bis morgen verlängert. Eine Insolvenz ist vorgekommen und werden noch weitere erwartet; man hofft jedoch noch, in zwei Tagen die Krisis zu überwinden.

Newyork, den 15. April. (Reut. Tel.) Der "Herald" äußert, daß, falls es erwiesen werde, daß die Klageschrift der Union ungerechte Forderungen aufstelle, dieselbe ungeachtet des Opfers, welches dadurch dem Nationalstolz zugeführt werde, zurückgezogen werden müsse. Falls Grant die Klageschrift zurückziehe, müsse Staatssecretär Fish demissioniren.

Durch ein Versehen unserer Expedition sind die ausführlichen Reichstagsberichte, welche wir seit dem Beginn des Quartals in einer besondern Beilage bringen, einem Theil der Postaufgabe des "S. C." während der letzten Tage nicht beigelegt gewesen. Dieses Versehen ist bereits zurechtgestellt worden. Fortan werden die Reichstagsberichte für Hamburg und Umgebung am Morgen nach der betreffenden Sitzung, für unsere auswärtigen Leser, wie bisher, Tags darauf regelmäßig den Exemplaren unseres Blattes beigelegt sein.

Die Redaction.

Bermischte Nachrichten.

Greifswald, den 6. April. Hier verschied der Professor der Theologie und der abendländischen Sprachen Dr. Eduard Vilmar, jüngster Sohn des bekannten Confessorialraths und Professors Vilmar, welcher am 30. Juli 1868 starb.

Petersburger Meldungen zufolge hat die dortige Geographische Gesellschaft auch in diesem Jahre auf die in Aussicht genommene Nordpol-Expedition verzichtet, nachdem die Regierung den Antrag auf Bewilligung eines Zuschusses von 200,000 Rbl. abgelehnt hat.

In Friedrichsbad ist am 8. d. Nachts der Professor Loesche in dem sehr tiefen Burggraben verunglückt; seine Leiche wurde am Morgen aufgefunden.

Die soeben erschienene No. 3 des Bildungsvereins, Centralblatt für das freie Fortbildungswesen in Deutschland, redigirt von Dr. Lebing, enthält: 1) Die Bedeutung der Bildung für die Lösung der sozialen Fragen; 2) Liste der corporativen Mitglieder der Gesellschaft für Vorbereitung von Fortbildung; 3) Sitzungsberichte derselben; 4) Correspondenzen über die Thätigkeit der deutschen Bildungsvereine, die wie aus mehreren Berichten hervorgeht, augenblicklich von Seiten der Socialdemokratie auf das Wüthendste verfolgt werden und in der That das einzige wirksame Gegenmittel gegen die Untriebe derselben bilden; 5) Bücheranzeigen für wirklich gebildete Volksliteratur; 6) den Entwurf einer Petition an den Berliner Magistrat, betreffend die Gründung von Fortbildungs-Anstalten mit obligatorischem Besuche nach § 106 der Nordb. Gew.-Ord.; 7) das Muster eines Ortsstatuts für die Gründung von Fortbildungs-Anstalten dieser Art und endlich 7) manigfache geschäftliche Mittheilungen, die einen Einblick in die eifrige Thätigkeit der Gesellschaft gewähren, die außer vielen Ortsvereinen bereits zu Darmstadt, Frankfurt a. M., Hamburg und Rönitz Zweigvereine begründet hat und deren Hauptbestreben jetzt dahin geht, das geistige Leben der kleineren Städte durch Beschaffung geeigneter Lehrkräfte dauernd anzuregen. Bestellungen auf das höchst empfehlenswerthe Blatt nimmt die Post an.

3.

ens mit mildem Klima, fräftige Wald- u. Ge-
n 1 Pf. W. 2, 54 Ggr. tohleri. Eisen). Schwarze
safferbäder a. A., Douchen gegen Schwäche,
Rheuma, Harn- u. Lungenle. (Kiefernhala-
st. Sommerfrische für Kinder. Billige Bade-
sch, Badearzt, und bei Rudolf Wroffe in Berlin.
mit Bad Liebenstein.

Auf Antrug Beifammender werden Alle und Jede
welche an den vom Hoffbeßter Charles War
Edwards an den Kaufmann Christoph Friedric
eberechte Straß aus Bremen verkauften Tren
mittler Hof nebst dazu gehörigen Guts Lasbeder Un
freien dingliche, nicht protocollirte Ansprüche zu haben
vermeinen, hienmit von Gerichtswegen aufgefordert, sich
damit bei Strafe des Verlustes derselben, binnen
zwei Wochen, vom Tage der letzten Bekanntmachung
dieses Proclams angerechnet, bei dem unterzeichneten
niedersächsischen zu melden, Auswärtige unter Procuratur
stellung.
Bargteheide, den 12. April 1872.
Königliches Amtsgericht.
L. v. Colbitz.

der Eisenbahn-Station Wendisch-Warnow entfernt
gene, vormalige Haupt-Zoll-Amts-Etablis-
sement zu Warnow, bestehend aus zwei zweietagigen,
fünf großen Wohngebäuden, je 98 Fuß 9 Zoll
lang, 44 Fuß tief und 28 Fuß bis zum Dache hoch,

* **Nicht zu verwechseln**

Saßerbäder u. A., Douchen gegen Schwäche, Rheuma, Harn- u. Luftröhre, (Kleferinhals) it. Sommerfrische für Kinder. Billige Bade- und a ch, Badearzt, und bei Rudolf Woffe in Berlin, mit Bad Liebenstein.

Makler-Vereinsbank f. Waaren u. Effecten.

Die Bank beginnt ihre Thätigkeit am 15. April.

Director: Herr **Heinrich Bottstein.**

Stellvertretende Directoren: Herr **Louis Frege,**

„ **Martin Nathan.**

Banco-Conto: **Makler-Vereinsbank.**

Bureau: **Hermannstrasse 18.**

Statuten und Regulative sind in unserm Bureau zu haben.

28te Ziehung

zur Amortisation der 4 1/2 procentigen Norwegischen Staats-Anleihe vom Jahre 1868.

Nach der Bestimmung des Anleihe-Contracts ist in Gegenwart des Herrn Bevollmächtigten des Königl. Norwegischen Finanz-Departements durch den Notar, Herrn **M. Schie** Dr., die Verloosung nachstehend verzeichneter Obligationen obiger Anleihe, zur Einlösung am 15. Juli 1872 bei der **Norddeutschen Bank in Hamburg**, vorgenommen, als:

La. A. N ^o 44, 63, 96, 208, 505, St. à Bco. 500.	552, 556, 640, 653, 683,	718, 720, 765, 862, 967,	1129, 1193, 1199, 18, 1000, 18000.
„ B. „ 1287, 1665, 1677, 1678,	1762, 1856, 1910, 1956,	1986, 2009, 2023, 2081,	2082, 2129, 2140, 2172,
2242, 2362, 2403, 2434,	2467, 2503, 2618, 2668,	2699, 2708, 2743, 3020,	3140, 29, 500, 14500.
„ C. „ 3223, 3283, 3381, 3432,	3478, 3501, 3612, 3679,	3694, 3720, 3765, 3781,	3885, 4101, 4127, 4140,
4186, 4236, 4344, 4626,	4658, 4708, 4772, 4821,	4841, 4885, 4970, 27, 400, 10800.	
„ D. „ 5015, 5067, 5195, 5246,	5416, 5543, 5681, 5759,	5791, 5835, 5855, 6078,	6086, 6213, 6392, 6415,
6416, 6421, 6468, 6551,	6557, 6626, 6709, 6826,	6951, 6953, 7002, 7008,	7084, 7165, 7173, 31, 200, 6200.
„ E. „ 7463, 7476, 7567, 7597,	7680, 7709, 7971, 7982,	8045, 8055, 8168, 8184,	8189, 8280, 8338, 8404,
8614, 8627, 8666, 8667,	8711, 8712, 8725, 8887,	8959, 9000, 9080, 9095,	9133, 9306, 9339, 9412,
9543, 9561, 34, 100, 3400.			

Zusammen 139 St. Bco. 52900.

oder Bco. 158700.

Auch sind von obiger Anleihe amortisirt:

La. A. N ^o 7423, 1 St. à Bco. 100.	von der 23. Ziehung pr. 15. Januar 1870:
La. B. N ^o 1405, 1 St. à Bco. 500.	„ E. „ 8453, 1 „ à „ 100.
La. C. N ^o 7733, 1 St. à Bco. 100.	von der 24. Ziehung pr. 15. Juli 1870:
La. D. N ^o 1404, 1 St. à Bco. 500.	„ B. „ 5276, 6166, 6295, 3 „ à „ 200.
„ D. „ 8993, 1 „ à „ 100.	von der 25. Ziehung pr. 15. Januar 1871:
La. A. N ^o 795, 1 St. à Bco. 1000.	„ B. „ 2124, 1 „ à „ 500.
„ E. „ 7962, 8157, 2 „ à „ 100.	von der 26. Ziehung pr. 15. Juli 1871:
La. A. N ^o 28, 38, 55, 68, 161,	166, 260, 326, 419, 517,
520, 538, 736, 799, 822,	944, 1084, 17 St. à Bco. 1000.
„ B. „ 1330, 1364, 1626, 1713,	1753, 1763, 1962, 2036,
2068, 2136, 2276, 2323,	2443, 2473, 2567, 2599,
2600, 2628, 2693, 2725,	2851, 2873, 2990, 3012,
3174, 25 St. à „ 500.	
„ C. „ 3212, 3618, 3629, 3761,	4014, 4237, 4277, 4380,
4382, 4506, 4563, 4587,	4606, 4664, 4683, 4706,
4712, 4886, 4914, 19 St. à „ 400.	
„ D. „ 5032, 5100, 5179, 5217,	5408, 5501, 5502, 5693,
5716, 5800, 6024, 6088,	6113, 6382, 6412, 6579,
6597, 6691, 6768, 6779,	6855, 6892, 6933, 6937,
6942, 25 St. à „ 200.	
„ E. „ 7209, 7221, 7317, 7324,	7391, 7392, 7422, 7508,
7726, 7769, 7834, 7858,	8016, 8106, 8148, 8235,
8254, 8298, 8429, 8508,	8518, 8526, 8647, 8662,
8909, 9307, 9338, 9369,	9417, 29 St. à „ 100.

Zusammen 128 St. Bco. 48700.

oder Bco. 146100.

Rückständig sind:

von der 18. Ziehung pr. 15. Juli 1867:	La. D. N ^o 5464, 1 St. à Bco. 200
von der 19. Ziehung pr. 15. Januar 1868:	La. A. N ^o 744, 1010, 2 St. à Bco. 1000.
„ C. „ 3879, 1 „ à „ 400.	„ E. „ 8878, 1 „ à „ 100.
von der 20. Ziehung pr. 15. Juli 1868:	La. C. N ^o 4963, 1 St. à Bco. 400.
„ D. „ 5470, 1 „ à „ 200.	„ E. „ 7575, 1 „ à „ 100.
von der 21. Ziehung pr. 15. Januar 1869:	La. B. N ^o 1710, 1 St. à Bco. 500.
„ C. „ 4113, 1 „ à „ 400.	„ D. „ 5608, 1 „ à „ 200.
„ E. „ 8576, 1 „ à „ 100.	
von der 22. Ziehung pr. 15. Juli 1869:	La. A. N ^o 74, 1 St. à Bco. 1000.
„ B. „ 2613, 1 „ à „ 500.	„ C. „ 4662, 1 „ à „ 400.
„ D. „ 6338, 1 „ à „ 200.	„ E. „ 8297, 1 „ à „ 100.
von der 23. Ziehung pr. 15. Januar 1870:	La. B. N ^o 2889, 1 St. à Bco. 500.
„ C. „ 4116, 4538, 2 „ à „ 400.	„ E. „ 7613, 8387, 8723, 9298 4 „ à „ 100.

von der 24. Ziehung pr. 15. Juli 1870:	La. A. N ^o 1090, 1 St. à Bco. 1000.
„ B. „ 2163, 2614, 2995, 3 „ à „ 500.	„ D. „ 5321, 5342, 6050, 6119,
6227, 6228, 6 „ à „ 200.	„ E. „ 8466, 9578, 2 „ à „ 100.
von der 25. Ziehung pr. 15. Januar 1871:	La. A. N ^o 381, 1 St. à Bco. 1000.
„ C. „ 3299, 1 „ à „ 400.	„ D. „ 5881, 1 „ à „ 200.
von der 26. Ziehung pr. 15. Juli 1871:	La. A. N ^o 72, 1 St. à Bco. 1000.
„ B. „ 1706, 2101, 2 „ à „ 500.	„ C. „ 3395, 4675, 2 „ à „ 400.
„ D. „ 5712, 6469, 2 „ à „ 200.	„ E. „ 7542, 7592, 2 „ à „ 100.
von der 27. Ziehung pr. 15. Januar 1872:	La. B. N ^o 1264, 2328, 2544 2801,
2872, 5 St. à Bco. 500.	„ C. „ 3364, 3699, 4040, 4690,
4763, 4884, 6 „ à „ 400.	„ D. „ 5363, 5947, 6418, 6618,
6777, 6792, 6 „ à „ 200.	„ E. „ 7316, 7784, 7926, 8017,
8637, 9182, 6 „ à „ 100.	

Hamburg, den 15. April 1872.

18te Ziehung

zur Amortisation der 4 1/2 procentigen Norwegischen Staats-Anleihe vom Jahre 1863.

Nach der Bestimmung des Anleihe-Contracts ist in Gegenwart des Herrn Bevollmächtigten des Königl. Norwegischen Finanz-Departements durch den Notar Herrn **M. Schie** Dr., die Verloosung nachstehend verzeichneter Obligationen obiger Anleihe, zur Einlösung am 15. Juli 1872 bei der **Norddeutschen Bank in Hamburg**, vorgenommen, als:

La. A. N ^o 27, 82, 196, 248, 408,	498, 6, 1000, 6000.
„ B. „ 538, 598, 689, 780, 859,	1051, 1072, 1088, 1196,
1329, 10, 500, 5000.	
„ C. „ 1442, 1464, 1734, 1758,	1784, 1796, 1810, 1841,
1947, 9, 400, 3600.	
„ D. „ 2091, 2217, 2229, 2272,	2347, 2592, 2625, 2785,
2898, 9, 200, 1800.	
„ E. „ 8100, 3119, 3231, 3248,	3272, 3857, 3402, 3607,
3710, 3775, 3846, 3850, 12, 100, 1200.	

Zusammen 46 St. Bco. 17600.

oder Bco. 52800.

Auch sind von obiger Anleihe amortisirt:	von der 15. Ziehung pr. 15. Januar 1871: St. à Bco. 4
La. C. N ^o 1478, 1 St. à Bco. 400.	von der 16. Ziehung pr. 15. Juli 1871:
La. C. N ^o 1560, 1 „ à „ 400.	„ D. „ 2208, 2395, 2 „ à „ 200.
von der 17. Ziehung pr. 15. Januar 1872:	La. A. N ^o 18, 99, 309, 370, 382 403, 6, 1000.
„ B. „ 634, 689, 800, 871, 876, 997,	1109, 1114, 1254, 9, 500.
„ C. „ 1405, 1435, 1436, 1549, 1633,	1776, 1806, 1995, 2005, 9, 400.
„ D. „ 2211, 2320, 2326, 2360, 2434,	2619, 2812, 7, 200.
„ E. „ 3035, 3154, 3196, 3211, 3451,	3464, 3648, 3655, 3986, 9, 100.

Zusammen 44 St. Bco. 17600.

oder Bco. 52800.

Rückständig sind:	von der 10. Ziehung pr. 15. Juli 1868:
La. E. N ^o 3786, 1 St. à Bco. 100.	von der 11. Ziehung pr. 15. Januar 1869:
La. D. N ^o 2624, 1 St. à Bco. 200.	von der 12. Ziehung pr. 15. Juli 1869:
La. D. N ^o 2180, 1 St. à Bco. 200.	von der 14. Ziehung pr. 15. Juli 1870:
La. B. N ^o 639, 958, 2 St. à Bco. 500.	„ E. „ 3103, 3217, 2 „ à „ 100.
von der 15. Ziehung pr. 15. Januar 1871:	La. A. N ^o 22, 1 St. à Bco. 1000.
„ B. „ 1119, 1 „ à „ 500.	„ C. „ 1808, 1 „ à „ 400.
„ E. „ 3176, 3192, 2 „ à „ 100.	
von der 16. Ziehung pr. 15. Juli 1871:	La. A. N ^o 292, 1 St. à Bco. 1000.
„ D. „ 2097, 2422, 2 „ à „ 200.	„ E. „ 3528, 1 „ à „ 100.
von der 17. Ziehung pr. 15. Januar 1872:	La. B. N ^o 1294, 1 St. à Bco. 500.
„ D. „ 2169, 1 St. à „ 200.	„ E. „ 3787, 1 St. à „ 100.

Hamburg, den 15. April 1872.

Mecklenburgische

Witterschafts-Pfandbriefe.

Zu den Pfandbriefen No. 8477 bis 8663, No. 11,229 bis 11,567, No. 12,608 bis 12,938 und No. 13,353 bis 13,403 werden neue Couponsbogen ausgegeben und werden die Inhaber ersucht, bis Ende Mai bei der Haupt-Casse in Rostock oder einem der Mandatäre schriftlich Anzeige zu machen, bei welcher Casse sie die weiteren Coupons gegen Production der Pfandbriefe entgegennehmen wollen.

Rostock, den 12. April 1872.



Born 15. April or. ab kommt ein Tarif für directen Güterverkehr zwischen diesseitigen Stationen und Stationen der Ober-Schlesischen und Rechte Oder-Ufer-Eisenbahn via Berlin-Breslau zur Anwendung.

Grenzüberschreitende Tarife sind in unserer Güter-Exposition in Hamburg zu haben.
Berlin und Hamburg, den 13. April 1872.
Die Direction.

Commercial Union

Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in London.

Capital: £ 2,500,000 oder ca. 33 1/2 Millionen Mark Banco.

Ueberrimmt zu den allerbilligsten Prämien Feuer- und Lebens-Versicherungen jeder Art unter besonders vortheilhaften Bedingungen für Hamburg, Altona und die benachbarten Staaten, so wie für transatlantische Plätze.

Jede nähere Auskunft, so wie Prospekte und Antragsformulare ertheilen gratis

Brauer & Heckscher,

General-Bevollmächtigte,

Adolphs-Brücke 3.

1872er Fällung von

Natürl. Friedrichshaller Bitterwasser

ist in allen Mineralwasser-Handlungen und Apotheken zu haben.

Die Brunnendirection.

45 Jahre eines täglich zunehmenden Erfolges, 200,000 urkundlich bestätigte Kuren.

Die gründlichen Beobachtungen und Vorschriften der berühmtesten Aerzte sind ein hinlänglicher Beweis, daß Magenstörungen, Unverdaulichkeit, Ruhr, Diarrhö, Verstopfung, Hämorrhoiden, Gicht, Rheumatismus, Asthma, Catarrh, die Uebel, welche mit dem kritischen Alter und der Mannbarkeit eintreten, Magen-, Leber-, Hautkrankheiten, verdoerbes Blut durch die **Didier'schen weißen Gesundheits-Senfförner** gründlich geheilt werden. Auch ist es wohl begreiflich, warum dieses so werthvolle und zugleich so billige Heilmittel eine so beispiellose Popularität erreicht hat.

NB. Da im Handel sehr häufig veraltete, verdorbene Senfförner, die nicht die geringste Heilkraft befehlen, als unsern Hause bezogen verkauft werden und dieser Betrug öfters gerichtlich verfolgt und bestraft wurde, wolle man bloß solche Schachteln abnehmen, die mit nebenstehender Signatur versehen sind.

Niederlage in Hamburg bei **J. Helmerdinger**, Neuerwall 34.

Echt Aromatischer Angostura Bitter des Herrn Teodoro Meinhard in Ciudad Bolivar (früher Angostura).

Obige Bitter-Essenz, aus vegetabilischen Ingredienzen und Kräutern Venezuelas zusammengesetzt, zeichnet sich durch seine vielseitigen vortrefflichen Medicinal-Eigenschaften aus, nicht allein um den Appetit zu erregen, sondern ganz besonders als Vorbeugungs- und Heilmittel bei Magen- und Unterleibs-Beschwerden, Schwäche der Verdauungs-Werkzeuge, gegen Kolik, Cholera, Cholerae u. s. w.

Als segensreiche Erfindung in den Tropen ist der Meinhard'sche Angostura Bitter namentlich auch ungemein empfehlenswerth für alle heißen Länder und hat sich als eine Wohlthat für die Bewohner derselben, besonders Ausländer, herausgestellt.

General-Depôt für Deutschland und Export bei Alexander Brandes in Hamburg.

Eau und Poudre des Cordilleres, Indianische Zahnmittel.

Die Zahntinctur und das Zahnpulver der Cordilleras beseitigen augenblicklich jeden Zahnschmerz, heilen Mundübel und angefaulte Zähne durch den fortgesetzten Gebrauch.

Fabrik und Haupt-Niederlage in Paris, No. 61 rue Hauteville; Depot in Hamburg: **Hippolyte, Coiff.-Parfum.**, Gänsemarkt No. 10; **Gotthelf Voss, Coiff.-Parfum.**, Johannisstr. No. 21; **F. P. Samson, Coiff.-Parfum.**, Neuerwall No. 11.

Bis zum 18. April inclusive findet der

Verkauf der Prof. Melbye'schen Marine- und Landschaftsbilder (Kohlenzeichnungen) in dem Hause Neuerwall No. 77 statt. Entree unverändert 8 S.

Ein adliges Gut in Holstein,

mit reichlich 2500 Morgen Acker, Wiesen und Hölzungen von vorzüglicher Güte und im besten wirthschaftlichen Zustande, Belegenheit angenehm, für den Verkehr bequem und vortheilhaft, mit herrschaftlichem Wohnsitz, soll unter der Hand preiswürdig verkauft werden. Das Bankgeschäft von **Wilh. Ahlmann** in Kiel ist mit dem Verkauf beauftragt.

Richard Türschmann's

Recitationen

classischer Dramen

(frei aus dem Gedächtniss)

im **Logenhaus** (Valentinskamp)

Abends 7 Uhr.

Donnerstag, den 18. April:

I. Vortrag: **Hamlet**. (Shakespeare-Schlegel.)

Dienstag, den 23. April:

II. Vortrag: **Antigone**. (Sophokles-Donner.)

Freitag, den 26. April:

III. Vortrag: **Faust**. (Goethe.)

Numerirte Billets für den ganzen Cyklus 5 S. Numerirte Einzel-Billets 2 S. Nicht numerirte Stehplätze 1 S 4 S. Zu haben in den Buch- und Musikalienhandlungen von **E. Herms**, Jungfernstieg 1a, **J. A. Böhm**, Neuerwall 35, **Hermann Grünig**, grosse Bäckersstrasse 12, **Hoffmann & Campe**, Schauenburgerstrasse 59 und **W. Mauke Söhne**, Jungfernstieg 12.

Klett's

Gesellschaftsgarten.

Dienstag, den 16. April:

Grosses CONCERT

des **K. Capellmeisters**

Anfang 8 1/2 Uhr.

Laube.

Naturwissenschaftlicher Verein.

Allgemeine Versammlung:

Mittwoch, den 17. April 1872, 7 1/2 Uhr.

Neue Erwerbungen des Museums.

Große Kunst-Ausstellung

in der Kunsthalle

täglich von 11 bis 4 Uhr.

Stadt-Theater.

Dienstag, den 16. April, zum 1sten Male: Con-

tadini, oder: Die Verschönerung zu Padua,

große Oper mit Ballet in 5 Aufz. von **M. E. Lindau**.

Musik von **H. Bierion**.

Mittwoch, den 17. April: Die Hugenotten, große

Oper in 5 Aufz. von **Meyerbeer**. Raoul:

Herr Sontheim. Valentine: Fräul. Newweda,

vom National-Theater in Pest.

Thalia-Theater.

Heute, Dienstag, den 16. April: Die Anti-Kantippe,

oder: Krieg den Frauen, Original-Lustspiel

in 5 Aufz.

Dienstag, den 17. April: Dritte Gastdarstellung des Fräul.

Clara Ziegler. Zum 1sten Male: **Nachtwasser**,

bistor. Genre-Gemälde in 2 Aufz. **Armand**, Herzog

von Frontac: Fräul. Clara Ziegler.

Vorher: **Wer zuletzt lacht!** Schwanke in 1 Aufz.

Variété-Theater.

Heute: Bilder aus dem Soldatenleben.

Urania-Theater.

Heute: Verliebte Herzen, Localposse mit Gesang.

Central-Halle.

Heute: Dampfkönig, gr. Reitgemälde in 5 Acten.

Wilhelm-Theater.

Heute: Gastspiel des Balletmeisters **Hrn. W. Holzer**

u. der Solotänzerin **Julie Morris**. Mit vollständig

neuer Ausstattung, unter gefälliger Mitwirkung des

Balletmeisters **Hrn. A. Wefsig**: **Sacountala** und

Samsa</

Tagesbericht.

Der Antrag des Senats betr. Gehalts-Stat für die Polizei-Officianten der Landherrenschaft der Marklande und Pensionierung des Officianten J. P. Engesfahr zu Allerhöchste ist veranlaßt durch den von der Bürgerchaft zum Art. 119 des Staatsbudgets für 1872 ausgeprochenen und vom Landherrn der Marklande getheilten Wunsch nach fester Etablierung der Gehalts-Officianten, unter Wegfall aller Sporneln, und beruht auf den von der gemischten Commission wegen Abnahme der Beamten beschlossenen Vorschlägen, welche der Senat für angeeignet hat. In der bisher im Budget dieser Landherrenschaft für 15 Officianten aufgeführten Gehaltssumme von 9775 M sei eine Zahlung von 475 M mit enthalten an den Vost im Billwärders-Ausschlag für seine Thätigkeit als Polizei-Aufseher. Von den 14 wirklichen Officianten erhalte einer ohne nennenswerthe Nebeneinnahmen ein Gehalt von 1000 M , 5 ein solches von 700 M , zwei von 650 M , 5 von 600 M und einer von 500 M , womit ein nach der Lage der Districte verschiedener, durchweg aber wenig erheblicher Gebührensbezug aus Accretionen und dem Sicherheitsdienst bei Wirthschaften, insbesondere bei Tanzmusik, verbunden sei. Eine Neuorganisation sei wünschenswerth zur Befestigung dieses Sportelbezugs, und da eine mäßige Aufbesserung der Einnahmen der niedriger besoldeten Officianten in jetzigen Verhältnissen unabwieslich sei. Nach den Mittheilungen des Landherrn sei es nun thunlich, durch Zusammenlegung zweier Districte bei Gelegenheit einer eintretenden Pensionierung die Zahl dieser 14 Stellen um eine zu verringern. Die 13 Officianten sollen auf ausschließlich feste Gehalte gestellt werden und ihnen auch entsprechend der für die städtischen Officianten erlassenen Vorschrift die Annahme von Geschenken nur mit jedesmaliger spezieller Genehmigung des Landherrn gestattet sein. Die Gehalte werden danach vorgeschlagen, für 3 auf 1000 M , 2 auf 900 M , 8 auf 800 M , welche Gehalte denjenigen in der Stadt von 1500, 1200 und 1000 M in St. Pauli von 1200 und 1000 M entsprechen würden. Gleichzeitig beantragt der Senat die Pensionierung des 72jährigen, durch Krankheit dienstunfähig gewordenen Polizei-Officianten J. B. Engesfahr zu Allerhöchste, welcher seit dem Jahre 1850 beständig im Dienste, so lange es seine Kräfte zuließen, mit Eifer und Pflichtigkeit vorgegangen, mit 500 M jährlich, dem Betrage seines bisherigen Gehalts, ohne die damit verknüpft gewesenen Sporneln, da er mittellos und verheirathet ist.

Die Mittheilung des Senats No. 49 beantragt die Mitgenehmigung des mit E. D. S. Lange betreffs Regulirung des Grundstückes des selben am Pinnaßberg nach Wabgabe der Ebcorrectionen des geschlossenen Vereinbarungs, welche in allen Punkten mit den bisher in gleichen Fällen getroffenen übereinstimmt.

Die Mittheilung des Senats No. 50 endlich betrifft die Vorlage der Staatshaushalts-Abrechnung über das Jahr 1870 u. v. d. a. nebst Schätzung des Ergebnisses des Rechnungsjahres 1871. Das nach der letzten sich der vermittelte Ausfall für das Jahr 1871 nur auf 435,000 stellen wird, ist im Bericht über die letzte Bürgerchaftssitzung bereits mitgetheilt. Aus der Erstern ist hervorzuheben, daß die Zusammenstellung der wirklichen Einnahmen und Ausgaben incl. der veranschlagten Rückstände mit dem Budget eine Mehreinnahme von 4596,526 M , 4 M , eine Mindereinnahme von 4579,283 M , 13 M , eine Mehrausgabe von 49167 M , 8 M und eine Minderausgabe von 4558,538 M , 15 M ausweist, so daß fast das nach dem Budget und den Supplementar-Bewilligungen erwartete Ausfalls von 4276,236 M , 104 M nur ein solcher von 4922 M , 12 M entstanden ist. Die hauptsächlichsten Mehreinnahmen zeigen die Grundsteuer mit 120,110 M , 1 M (ca. 4 M mehr als veranschlagt), die Einkommensteuer mit 175,000 M (ca. 7 M mehr), die Erbschaftsabgabe mit 85,716 M , 8 M (ca. 21 M mehr) und die außerordentlichen Einnahmen aus der Amortisation der Berlin-Hamburger Eisenbahn-Aktien Lit. B. mit 84,000 M (ca. 27 M mehr), die hauptsächlichsten Mindereinnahmen der Stempel mit 68,686 M , 1 M (ca. 8 M weniger als veranschlagt), die Zoll- und Consumtionsabgabe mit 97,665 M , 6 M (ca. 5 M weniger) und die Abgabe von den Eigenthumsveränderungen der Immobilien mit 509,820 M , 3 M (ca. 50 M weniger).

Der zur Prüfung des Senatsantrags betr. Höherlegung der Billwärders-Brücke und Regulirung des Grünen Deichs zwischen Vants- und Amfischstraße sowie Expropriation der dazu nöthigen Erben niedergelegte bürgerchaftliche Ausschuss empfiehlt die Höherlegung der Brücke, welche so zweckmäßig und wohlgegründet erscheine, daß er sich eigent-

lich nur mit der Frage zu beschäftigen gehabt hätte, ob der Zustand des Billwärders in seinem westlichen Theile am grünen Deich sich dadurch verschlimmern werde, daß die Erbauung einer massiven Eisenbahnbrücke an Stelle der jetzt vorhandenen hölzernen die Anlage eines in das Brack vorbringenden Deiches erheische. Die übeln Ausdünstungen dieses westlichen Theils rührten einmal von der zu Zeiten eintretenden Stagnation des Billwärders her, und sodann von den nachtheiligen Zuständen der um denselben belegenen Fabriken und Wohnungen. Der Damm werde nun dem Zufuß frischen Wassers auch in den westlichen Theil kein Hinderniß entgegenstellen, noch den Abfluß durch die Grabschleusen beeinträchtigen. Diese Ansicht sei von dem Wasserbau-Director Dalmann, dem Deichinspector Hubbe und dem Ingenieur Gurliß bestätigt worden. Die erwähnten Zustände hätten aber ernstlich nichts mit dem Damm zu thun und auch diesem Uebelstande könne durch Ableitung derselben in das jenseits des grünen Deiches belegene Siel abgeholfen werden. Dadurch würde das Brack auch in diesem Theile in den Zustand vor der Bebauung zurückkehren, wo das Wasser vollständig klar war und zum Baden und zum Trinken benutzt wurde, während darin jetzt kein Fisch existiren könne. Die Vortheile des Sielbauhauses an Stelle des Holzhauses, sowie der Höherlegung der Brücke im Interesse des rasch zunehmenden Schiffverkehrs lägen auf der Hand, und die contractlich vom Staate zu tragenden Kosten der Letzteren, welche 10,000 betragen, seien kein zu hohes dem Verkehr zu bringendes Opfer. Dagegen rath der Ausschuss die Anträge betr. die Regulirung des grünen Deiches sowie der dazu erforderlichen Expropriation abzulehnen. Die Kosten derselben, welche sich leicht auf 100,000 stellen könnten, seien zu hoch für eine etwa 13 Ruthen lange Querstraße, welcher man mit Unrecht eine große Frequenz für die Zukunft vindicire. Weber Stadtdeich noch Neuer Deich bieten Aussicht auf erhebliche Steigerung des Verkehrs mit dem Hammerbrook, und außerdem existire eine breite Verbindungsstraße in der Mitte der Bankstraße, deren Benutzung noch etwas erleichtert werde durch die dem Vernehmen nach bevorstehende Verlegung des Rangir-Bahnhofes der Berlin-Hamburger Eisenbahn. Das Gefälle der Straße werde dadurch noch ungünstiger als jetzt werden, da aber die Erhöhung des Bahnkörpers hier nur 5 Zoll betrage, so könne diese Verschlimmerung nicht so arg werden, daß sie ein Opfer von 100,000 rechtfertige. Sollten durch diese Erhöhung taum zu erwartende Entschädigungsansprüche des zunächst der Bahn belegenen Grundeigenthümers entstehen, so könne schlimmsten Falls noch immer eine Expropriation dieses einen minder werthvollen Grundstücks eintreten.

Die „Schleswig-Holsteinische Schulzeitung“ macht darauf aufmerksam, daß bei der Reorganisation des Schulwesens in Hamburg nicht weniger als 41 Lehrer aus Schleswig-Holstein, darunter 10 aus Altona und 5 aus Kiel, Anstellung gefunden.

(Ref.) Die sämtlichen Eisenbahnen-Besitzer von Hamburg, Altona, Harburg und Ottenfelde erklärten, wie wir dieser Tage mittheilten, ihren Fortn, daß, wenn die stehenden Formen der Löhmann'schen Eisenbahnen nicht die Arbeit wieder aufnehmen würden, sämtliche Eisenbahnen hier und in der Umgegend geschlossen werden sollten. Die Formen haben nicht nachgegeben und so ist es denn zu der von den Arbeitgebern angeforderten Maßregel gekommen. Die vereinigten Eisenbahnen-Besitzer haben Sonnabend Abend ihre Formen entlassen, wie sie ihnen durch groß gedruckte Zettel folgenden Inhalts ankündigten: „Die Formen sind unter unserer wohlgemeinten Aufforderung vom 10. April a. c. nicht nachgekommen, haben im Gegentheil geglaubt, uns anzeigen zu müssen, daß unser Verlangen — ihren moralischen Einfluß auf die Formen der Löhmann'schen Eisenbahnen geltend zu machen — mit ihrer Ehre unvereinbar sei! So sind wir denn leider gezwungen, alle unsere Formen so lange feiern zu lassen, bis die Formen bei Herrn S. J. Löhmann ihre Arbeit wieder aufgenommen haben werden. Hoffentlich wird es bald geschehen!“

Die hiesigen Tischlergesellen haben an ihre Arbeitgeber folgende vom 27. März datirte Zuschrift gerichtet: „Von dem Grundsatze ausgehend, daß eine längere Arbeitszeit dem allgemeinen Interesse nur dienlich und nützlich sein kann, was selbst den Männern der Wissenschaft ausgeprochen, in hiesigen Tischler-Vereinigungen der Gesellen vielfach und eingehend erörtert und jeder Zeit von sämtlichen Anwesenden als richtig und nützlich anerkannt wurde, erlauben wir uns, die geehrten Herren Arbeitgeber zu benachrichtigen, daß wir vom 20. April eine Arbeitszeit von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 Uhr mit 1 Stunde Frühstück, 1 Stunde Mittag und 1 Stunde Besperszeit einzuhalten uns entschlossen haben. Von der Erwartung ausgehend, daß

die geehrten Herren Arbeitgeber diesen unsern Entschluß als human und nützlich anerkennen werden, zeichnen u. s. w.“

Der zoologische Garten wurde am Sonntage, den 14. d. M., zum Entree von 4 M von 4595 Erwachsenen und 911 Kindern besucht. Das Hamburger Postdampfschiff „Sammonia“, Capt. Meyer, am 4. d. M. von New-York abgegangen, ist nach einer Reise von 9 Tagen 21 Stunden am 15. d. M., 1 Uhr Morgens, in Blankenbush angekommen, und hat, nachdem es daselbst die Verein. Staaten-Post, sowie die für England bestimmten Passagiere gelandet, um 21 Uhr Morgens die Reise via Cherbourg nach Hamburg fortgesetzt. Daselbst überbringt 148 Passagiere, 91 Briefkisten und 1200 Tons Ladung.

Die „Sammonia“ ist bereits am selbigen Tage, 11 Uhr Morgens, in Cherbourg angekommen, und hat nach Landung von Post, Passagieren und Contanten um 11 Uhr 40 M. die Reise nach Hamburg fortgesetzt. Das Hamburg-New-Yorker Postdampfschiff „Saronia“, Capt. Wingen, welches am 6. d. M. von Hamburg und am 10. d. M. von Havre abgegangen war, ist am 13. d. M., 6 Uhr Morgens, in Santander angekommen, und hat am selbigen Tage, 5 Uhr Abends, die Reise via Havana nach New-Orleans fortgesetzt.

Aut teleg. Nachricht aus Riohoben vom 14. d. M. ist das der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft gehörende Dampfschiff „Rio“, nachdem es daselbst volle Ladung erhalten hatte, gestern Nachmittag nach Brasilien weitergegangen.

Gleichzeitiger Mittheilung zufolge sollte das Dampfschiff „Santos“ von derselben Linie am 28. März von Bahia mit voller Ladung die Rückreise nach Europa antreten.

R. Billwärders an der Bille, den 14. April. Die Frühlings-saatzeit wird in diesen Tagen beendet und steht der im März gefallene Hafer bereits grün. Auch die Winterfrüchte stehen hier gut, wenn auch hin und wieder die Feldmäuse dem guten Stande derselben etwas Eintrag gethan haben.

Der Bau der zur Vermittelung der Communication mit dem benachbarten Steinbeck dienenden Fußbrücke über die Bille (Kirchensteig) ist nach Regulirung eines eingetretenen störenden Zwischenfalles jetzt wieder aufgenommen und die unterbrochene Communication wieder hergestellt.

Die beiden Billdampfschiffe sind für reichlich 9000 M Bco. an ein Confortium verkauft, welches eine regelmäßige Dampfschiffahrtsverbindung zwischen dem Pariser Bahnhof, der Dampfschiffstation beim Hafenhof und dem Altonaer Bahnhof demnach ins Leben zu rufen beabsichtigt. Da die Dampfschiffe ca. 22,000 M gekostet haben und schon der Betrieb der Bille-Dampfschiffahrts-Gesellschaft eine erhebliche Unterbilanz ergab, so wird das Unternehmen mit einem Verlust von mindestens 15–16,000 M abschließen.

Altona, den 15. April. In der heutigen vierten Schwurgerichtssitzung stand eine Anklage gegen die Ehefrau Catharina Sammelin, geb. Möller, aus Buchholz, 39 Jahre alt, hier ortsangehörig, zur Verhandlung. Der Thatbestand ist folgender: Am 10. Januar d. J., Morgens gegen 6 Uhr, sah der in einem Hofe der Adolphstraße hieselbst wohnende Arbeiter Bauer, kurz nachdem der Ehemann der Angeklagten fortgegangen war, einen Gegenstand aus der oberhalb seiner Wunde befindlichen Saalwohnung auf den mit Steinen gepflasterten Hofraum fallen. Mit dem dumpfen Schall hörte er gleichzeitig, daß in der oberen Wohnung Jemand auf Holzpantoffeln gehe; er sprang aus dem Bett und begab sich nach dem Hofe; hier fand er den siebenjährigen Sohn der Angeklagten, nur mit einem Hemde bekleidet, in einem Hieselwege liegend. Der Knabe, welcher fast unverletzt geblieben, bat, man möge ihn ins Haus nehmen und ihm zu essen geben; er habe sich Brot von seiner Mutter erbeten, diese aber habe ihn mit den Worten: „Du hast jaht ut'n Hinkel“ beim Arme erfaßt und in den Hof geworfen. Die Ehefrau Bauer sagte ferner aus, daß das Kind gänzlich verkommen gewesen sei und sofort eine Menge Brot mit großem Appetit verzehrt habe, sowie, was auch von anderen Nachbarn der Angeklagten erzählt wurde, daß Letztere ihr Kind roh behandelt und daselbst oft gemißhandelt habe. Sie leugnete jede Schuld, wurde aber, nachdem der vorgelegte Thatbestand durch Vernehmung der Zeugen festgestellt war und auch der Knabe seine früheren Aussagen in Gegenwart der Mutter wiederholt hatte, durch das Verdict der Geschwornen des verführten Todtschlages für schuldig erkannt, während die Frage, ob die That mit vorheriger Ueberlegung verübt sei, dem Urtheile des Vertheidigers, Herrn Rechtsanwalts Philipp, entsprechend verneint wurde. Die Staats-anwaltschaft beantragte eine sechsmonatliche Gefängnißstrafe. Das unter Annahme mildernder Umstände gefällte Urtheil des Gerichtshofes lautete auf 1 Jahr Gefängnis.

Concert

des Herrn Hans von Bülow,
Freitag, den 12. April.

Programm: Beethoven, zwei Sonaten: op. 101 Adur. und op. 110 Adur.; Adagio und Variationen op. 34 Adur.; Seb. Bach, Präludium Gmoll; Scarlatti, Kagen-Juge; Rheinberger, Antane und Toccata op. 12; Mendelssohn, Lieder ohne Worte; Chopin, Clavierstücke.

Gaben die Vorträge des Hrn. v. Bülow in seinem ersten Concerte vollständigste Veranlassung zu reichlichem Tadel. So ist es um so erfreulicher zu berichten, daß seine heutigen Productionen nicht nur ungleich besser, sondern überhaupt um Theil vortrefflicher waren. Herr v. Bülow besaß sich diesmal jedenfalls in vortheilhaftester Stimmung und Disposition, vielleicht hat er jetzt auch das hiesige Publicum schon richtiger beurtheilt; daher konnte es ihm bei seiner außerordentlichen Leistungsfähigkeit nicht schwer fallen, die guten Eindrücke, welche sein Spiel von früheren Jahren her noch in Jedermanns Gedächtnisse hinterlassen hat, zu erneuern. Denn seine sonst gewohnten glänzenden Eigenschaften, von denen man wußte, daß er sie besitzt, ungeachtet sie rechtlich verborgen blieben, kamen heute wieder zum Vorschein. Sein Spiel war wieder technisch außerordentlich vollkommen, der Anschlag von seltener Fülle und Klangschönheit; mit Feinheit und Reichthum der Schattierungen und Farben verbanden sich große Klarheit, Correctheit und Rundung des Passagierwerkes. Bezüglich der Auffassung lag zwar auch diesmal die und da der Virtuose mit dem Künstler im Streite, im Allgemeinen aber trat jener doch hinter diesen zurück, der Vortrag war maßvoll und größtentheils von seinem musikalischen Verständnisse durchdrungen. Sonach fragt man sich fast verwundert, wie namentlich ein Künstler von so vorwaltender Verstandesrichtigkeit wie Hr. v. Bülow, in seinen Leistungen sich so absolut ungleich sein kann, daß er einmal als Virtuose gewöhnlichen Schlags erscheint und selbst arge technische Nachlässigkeiten sich zu Schulden kommen läßt, während er ein andermal Productionen hinstellt, woran man Freude haben muß und denen die höhere Kunstfertigkeit abzusprechen Niemand einfallen wird.

Die besten der heutigen Vorträge des Hrn. v. Bülow waren die drei Beethoven'schen Werke, welche er in ungewöhnlicher Vollendung wiedergab — technisch vorzüglich klar und mit freier Beherrschung; in der Auffassung zwar nicht immer völlig rein von Willkür und Eigenheiten, im Ganzen aber ungleich gesunder und einfacher als irgend eines seiner neulich vorgetragenen Stücke, und in vielen Partien wahrhaft schön. Die Tempi waren durchweg richtig und entsprachen dem Charakter der Sätze, nur Einzelnes gab Veranlassung zu Ausstellungen, wie z. B. der etwas absichtlich langsame (erst mit dem fünften Takte in die zutreffende angeregtere Bewegung übergehende) Anfang der Adur-Sonate, ferner manches an's Sentimentale streifende Dehnen langsame Partien sowie unmotiviertes Verschleimen und Zurückhalten anderer, besonders manchmal in den Variationen. Von gewaltthätigen Kräfteffekten hielt Hr. v. Bülow sich frei, und nur vereinzelt stürzte er hartes Herausstechen thematischer Stimmen oder zu starkes Auftragen überhaupt die sonst gute Klangharmonie. Auch die Melodieführung zeigte diesmal, daß er auf ein natürlich ausdrucksvolles Phrasiren des Gesanges sehr gut versteht, mithin jenes neulich gerügte affectirte Outriten jedenfalls nicht in Mangel an Erkenntnis zu suchen ist. Sogleich der erste Satz der Adur-Sonate zeigte seine Blüthe, der zweite gefiel namentlich durch seine feste rhythmische Ausprägung, das Finale bewahrte sich bei aller Rapidität der Bewegung doch leichtem Fluß und ausgeglichener Klarheit. Freilich eignet sich diese ganze Sonate ihrer Art und Beschaffenheit nach besser für das Zimmer als für den großen Saal. Kein geringeres Lob verdiente die andere Sonate in As; unter den vielfachen Schönheiten ihrer Wiedergabe mögen nur z. B. das Adagio und der zweite Theil der Fuge mit dem Thema in der Umkehrung (im ersten kam die Steigerung zu schnell, das erste Forte war schon zu stark und für das nachherige Fortissimo blieb nichts mehr übrig) herorgehoben werden. Die Variationen waren in den meisten Theilen und mit Ausnahme einzelner Willkürlichkeiten eine vortreffliche Leistung, geistvoll, klug und von vorzüglichster technischer Abwandlung. Das schöne Bach'sche Präludium, ursprünglich für Orgel, vertret

sehr wesentlich durch die Uebertragung auf Clavier; es fordert den fortwährenden Ton und die Farbenmischung einer guten Registrierung, der kurze nichterne Clavierklang macht es zu trocken; anderseits läßt die Wirkung des ruhig und breit fortfließenden Orgelbaldes auf dem Claviere sich gar nicht wiedergeben. Gespielt hat Hr. v. Bülow das Präludium sonst recht gut und weit besser als die Kagen-Juge von Scarlatti, deren ganzem Habitus der viel zu große Aufwand an Kraft und Klangmasse keineswegs entsprach. Nur leicht und stützenhaft überwunden, ein angenehmer anspruchsloser Scherz, ist auch ein leichter frei beweglicher Vortrag alles was sie fordert. Die Rheinberger'sche Toccata führte Hr. v. Bülow mit großer Bezauberung durch, das Stück an sich aber spricht nur wenig an, wiewohl die Toccata selbst im Ganzen noch etwas mehr als das recht stillose, aus Ueberwundenem und Zufünftlichem gemischte Andante.

Karlsruhe mit seinen Vorträgen ist bekanntlich Herrn v. Bülow's Sache nicht, und auch heute betheiligte sich seine alte Freigebigkeit. In dessen wurde der an kleinen Clavierstücken von ihm gespendete Segen doch allmähig etwas zu groß. Die Mendelssohn'schen Lieder ohne Worte, deren er, wenn wir recht erinnern, nicht weniger als acht und zwar in einem Zuge gab, wuchsen auch dem aufmerksamen Zuhörer doch etwas über den Kopf. Einige darunter spielte er ausgezeichnet, wofür sogleich das erste (Gonellied) als Beispiel genügen möge; andere waren ihm mehr bloß Virtuosenstücke, er überließ sie in Tempo und Ausdruck, mozu ihn die ihm selbst fühlbar gewordene Monotonie erklärlicher Weise angeregt haben wird. Etwa drei oder höchstens vier von diesen Stücken hätten auch vollst. hingereicht. Für Chopin, der darauf noch mit fünf Stücken vertreten war (zwei Nocturnen, Impromptu op. 36, Tarantelle op. 43, Balzer op. 42), hatte man keinen rechten Sinn mehr, doch wird man besonders an den Vortrag des ersten Nocturno mit Wohlgefallen sich erinnern; die anderen enthielten ebenfalls schöne Partien neben solchen, in denen subjective Laune freier waltete, als insbesondere denjenigen Klavierstücken, deren bevorzugter Liebling Chopin ohnedies nicht ist, aufzuweisen konnte.

Der Schwerpunkt von Herrn v. Bülow's heutigen Leistungen blieben also die drei Beethoven'schen Werke, und wie er an diesen wahrnehmlich selbst die meiste Befriedigung gefunden haben wird, so vermochte er damit auch Anderen einen weit höheren Genuß als mit allen übrigen Nummern zu bereiten. Daß aber dieser Abend zum größeren Theil wirklich genussreich war, kann nach den Ergebnissen jenes ersten Concerts wiederholt zu bestätigen nur angenehm sein.

v. Dommer.

Stadt-Theater.

Täufung auf Täufung.

Intriguentstück in 5 Aufzügen, von H. Schlegel. heißt das Schauspiel, welches sich die Hannover'schen Gäste zu ihrem vorletzten Gala-Mittag-Gastspiel gewählt. Philipp V. König von Spanien, der Enkel Ludwigs XIV., dessen Thronbesteigung den spanischen Erbfolgekrieg entzündete, wird nach dem Tode seiner ersten Gemahlin aus von der rätselhaften Fürstin Orsini beherbergt, welche aus unheimlichen Anfängen sich allmähig zu der Würde der Camerera mayor erhebt, und verbindet mit dem Jesuiten Robinet, dem Weidwader des Königs, Spanien unumwunden regiert und sich für ausbeutet. Ihr Gegner ist der Cardinal Sindici, Graf v. Palma, der sie einst geliebt und an den Hof gezogen, dann aber durch sie von der Stellung als Premierminister gestürzt wurde; er erscheint am Eingange des Stückes, um noch einmal den Versuch zu machen, den König aus den Klauen der Fürstin zu reissen und zwar in dem Augenblicke, wo diese verurtheilt, Philipp mit der Prinzessin Elisabeth von Parma (bekanntlich wirklich die zweite Gemahlin) zu verheirathen. Hier beginnt nun das Intrigenpiel, Albernheit, im Stillen Gegner der Fürstin, hat ihr die Prinzessin als schön aber einfältig und leicht zu leiten geschildert, während sie sehr klug und ehrgeizig, zugleich aber, man weiß nicht recht warum, von einer romantischen Neigung zu dem König, den sie nie gesehen, erfüllt ist. Sie täuscht die Fürstin vollkommen während eines kurzen Auftritts auf deren Ent, tregnet aber daselbst zufällig dem auf der Jagd verirrten König, der eine lebhaftige Neigung für sie faßt, die zur vollen Blüthe

ausschlägt, als er nun in der von der Fürstin an den Hof gebrachten Prinzessin seine schöne Unbekannte wiederfindet. Aber dieser jetzt zu Tage tretende Incidensfall der Begegnung im Walde, welche Elisabeth ihrer herrschaftlichen Gönnerin verschwiegen, weckt deren Argwohn, bei näherer Prüfung entdekt sie, daß sie betrogen, und bietet nun alles auf, um die Heirath zu hintertreiben. Ihr Gegenpieler ist der Cardinal, er hat zuerst auf die schöne Unbekannte, von der der König ihm allein gelagt, gebaut, um die Heirath, welche die Fürstin betreibt, zu hindern, aber es zeigt sich bei der ersten Begegnung am Hofe, daß der König seine Geliebte in der Prinzessin wiederfindet. Der Cardinal glaubt sein Spiel schon verloren, als ein Zufall ihm einen Brief der Orsini in die Hände wirft, in dem dieselbe ihre Absichten klar auspricht, die künftige Königin zu ihrem gefügigen Werkzeug zu machen; er überzeugt hiermit den König, daß er der Gegenstand einer schlechten Intrigue ist, und derselbe bricht die Verlobung ab und ernannt ihn wieder zum Minister; inzwischen aber ist die Orsini ihren Irrthum gewahr geworden und tritt gegen die Heirath auf. Dadurch geht dem Cardinal die Bedeutung der Prinzessin auf, er reißt derselben mit dem König nach, holt sie ein und verlobt sie, während die Orsini definitiv gestürzt wird. Zwischen diesen beiden Hauptspielern bewegt sich der Jesuit Vater Robinet, als Minister der Fürstin, aber doch wieder auf eigene Rechnung arbeitend; durch geheime Information aus Rom erfährt er zuerst, daß die Einfall der Prinzessin nur Maske, und weiß sie durch die Drohung, ihr Spiel zu entdeken, dazu zu bewegen, ihm ihrerseits den Cardinalsstul zu versprechen, den ihm vorher die Fürstin in Aussicht stellte. Im letzten Augenblicke aber geht auch diese Rechnung in die Brüche, indem der König ein Gespräch zwischen ihm und der Orsini überhört und ihn nach Rom zur Wallfahrt sendet, statt für ihn den erbischen Purpur zu fordern.

Das Stück ist geschickt und hübengerecht gearbeitet, einzelne Momente, wie z. B. die Scene zwischen der Fürstin und dem Cardinal im zweiten Akt und die Erklärung des Vaters Robinet mit der Prinzessin, sind von großer dramatischer Wirkung; daneben kommt man über die psychologische Unwahrscheinlichkeit nicht weg, daß eine Meisterin in der Verstellung, als welche die Prinzessin erscheint, von einer so romantischen Neigung für den König erfüllt sein soll, und noch unwahrscheinlicher ist es, daß auch ihre Mäthchweiser und Gefährtin, ein muntres, aufgewecktes Landfräulein, dieselbe stets für einfältig erklärt. Specieell zu tadeln ist es noch, daß der Verfasser nicht der Versuchung widerstanden, den beiden Widerparten, dem Cardinal und dem Vater, einen langen Dialog pro et contra Jesuitenorden in den Mund zu legen, wobei der erstere seine Ansichten von Aufklärung und Menschlichkeit entwickelt, die ganz passend in einer Verammung heutiger Vorkreunde angebracht würden, während ein spanischer Cardinal im Anfang des 18ten Jahrhunderts damit vollkommen aus der Rolle fällt.

Die Darstellung des Stückes war durchweg vortrefflich, namentlich gilt dies von den drei Hauptträgern Hrn. Sonntag als Cardinal, Hrn. Volthaus als Vater Robinet und Hrn. Sildebrandt als Fürstin Orsini, die alle vollkommen den Geist ihrer Rolle erfaßt hatten. Daneben konnte Hr. Clamenreich in ihrer verhältnismäßig bescheidenen Rolle als Elisabeth nicht zu gleicher Geltung kommen, spielte aber die beiden einzigen bedeutenderen Scenen mit dem Vater und der Fürstin recht wirkungsvoll. Allerliebst war Hrn. Breckburg als Laura Vescatori; Hr. Bartel (König), Hr. Danielson (Franz von Parma) und Hr. Müller machten aus ihren kleinen Rollen das Mögliche, wenn auch Letztern Beiden zu empfehlen wäre, weniger im Sumo zu chargiren. Vollkommen carikirt waren Hr. Wager und Hr. Gutherz als Alcade und Aguazil.

Schließlich möchten wir den unpräcisen Anfang der Vorstellungen rügen; wenn die Stunde desselben schon auf 7 Uhr gerückt ist, so sollte sie auch innegehalten werden; damit, daß man erst gegen halb acht Uhr beginnt, verhindert man doch nicht die Nachzügler, unter denen sich so häufig Tamen des ersten Ranges durch störendes Geräusch auszeichnen. Wir können nur dringend empfehlen, das Beispiel der philharmonischen Concerte nachzuahmen, wo mit dem Beginn bis zur nächsten Pause geschlossen wird. Das dies auch bei Theatern wenigstens im Parquet und Gallerie sehr gut geht, zeigt uns das Beispiel von Paris. So störende Unterbrechungen wie sie an diesem Abend stattfanden, würde sich ein transsändisches Publicum nicht gefallen lassen.

Bericht der Reichstags-Sitzung

vom 15. April 1872.

Eröffnung 12 Uhr. Am Tische des Bundesraths Präsident Delbrück, v. Stosch, Geh. Rath v. Schönerbach und mehrere Kommissare.

Die Geschäftsordnungs- und Petitionskommission haben sich konstituiert. Vorkommender der ersten ist v. Bernuth, Stellvertreter Graf Münster, Schriftführer Rohland und Valentini. Bei der letzteren versehen diese Funktionen die Abgg. Allnoch, v. Gernach, Dörner und Dr. Blum.

Die Uebereinkünfte mit Spanien und Italien über die Ausdehnung der zwischen dem norddeutschen Bunde und den genannten Staaten bestehenden Konsularverträge auf das deutsche Reich werden in dritter Lesung ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die dritte Lesung der zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossenen Konsularkonvention. Zu derselben beantragen die Abgeordneten Schleidens und Rapp folgende Resolution: Den Reichskanzler aufzufordern, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß bei Gelegenheit des Austausches der Ratifikationen protokolllarisch konstatiert werde: 1) daß der in dem englischen Texte der Artikel III. und IX. sub 2 gebrauchte Ausdruck „property“ nur in der Bedeutung von real estate (Grund-eigentum) gemeint sei; 2) daß der Artikel X., obgleich derselbe nach der Fassung des englischen Textes sich nur auf Personen männlichen Geschlechts bezieht, gleichzeitig auch auf Personen weiblichen Geschlechts Anwendung finden solle.

Abg. Harckort bezeichnet den Art. 17 der Konvention, der vom Aufstich handelt, als ein berechnetes Mandat des Präsidenten Grant, der dadurch die Schugzölle für seine Wiederwahl gewinnen will. Für die Reichsvertretung liege kein Grund vor, die Benutzung eines solchen Mittels durch Zustimmung zu Art. 17 zu erleichtern.

In der Spezialdiskussion drückt zu § 17, welcher die Angehörigen der beiden pacifizierenden Mächte in Betreff des Schutzes für die Bezeichnung oder Etikettierung der Waaren oder deren Verpackung, der Muster und der Fabrik- oder Handelszeichen völlig gleichstellt, Abgeordneter Georgi den Wunsch nach einem Nachdruckvertrage mit Amerika aus. Der ausgedehnte Nachdruck deutscher Werke in Amerika schädige die deutsche Literatur und Wissenschaft aufs Tiefste; leider scheuten sich dieselben amerikanischen Deutschen, welche so lebhaften Anteil daran nahmen, daß eine Plünderung Deutschlands durch die Franzosen verhindert werde, nicht, selbst an der Plünderung deutscher Geisteskräfte Theil zu nehmen. In Nordamerika ist das Terrain für Abschluß eines solchen Vertrages gänzlich vorbereitet. Schon 1868 lagen dem Reichspräsidenten Petitionen in diesem Sinne vor und noch neuerdings tagte in New York eine Versammlung zu demselben Zwecke, denn auch die amerikanische Literatur weist Werke auf, die der Welt angehören, die Werke Bancrofts, Prescotts und Motleys, für deren Schutz ihre Nation Interesse hat.

Präsident Delbrück: Die Frage, betreffend den Abschluß eines Nachdruckvertrages mit Amerika, hat die Bundesregierung wiederholt beschäftigt. Es fehlt indessen bisher die erste Voraussetzung für den Abschluß eines solchen Vertrages, nämlich ein internationales Verlagsrecht. Ich kann mit Befriedigung hervorheben, daß diese Frage in Amerika auf gutem Wege ist, wenn man sich auch über die sehr baldige Erreichung des Zieles seiner Lösung hingeben darf. Ich bemerke beiläufig, daß Anregungen statgefunden haben, um auch mit Großbritannien einen Nachdruckvertrag zu schließen, und daß sie bei der britischen Regierung mit Entgegenkommen aufgenommen sind, so daß auch hier ein günstiges Resultat in Aussicht gestellt werden kann.

Abg. Prince-Smith: Es wird dem Hause wie mir gegangen sein, und durch die Anregung dieser Frage, die auf einem ganz andern Gebiete liegt, bei diesem Paragraphen einigermaßen überrascht worden sein. Der Nutzen solcher Nachdruckverträge für die Schriftsteller wird von sehr vielen Seiten bestritten; weniger fraglich ist es freilich für die Buchhändler. Der Nachdruck findet allemal statt, wenn zu hohe Preise für ein Werk festgesetzt werden; er ist eben nur eine Korrektur der falschen Geschäftsführung des Verlegers. Bei Werken mit großen Auflagen ist das Honorar des Schriftstellers eine verschwindende Größe; wenn die Buchhändler das Privilegium haben, solche Werke ohne Konkurrenz zu vertrieben, so ist das freilich für sie sehr bequem; ob aber auch für die Schriftsteller, ist eine ganz andere Frage. Es ist die Ansicht sehr gewiegt englischer Volkswirthe, daß der große Aufschwung des englischen Buchhandels und die hohen Honorare der dortigen Schriftsteller wesentlich ein Resultat des amerikanischen Nachdrucks sind. So sind die Honorare des großen Dichters Dickens durch den Massenandrang seiner Werke in Amerika in die Höhe getrieben worden. Die Verleger wurden gezwungen, die möglichst große Auflage zum möglichst geringen Preise zu veranstalten und der Erld wachst weit mehr durch die Größe der Auflage als durch die Höhe des Preises für das einzelne Exemplar.

Abg. Schmidt (Stettin) fragt an, ob es nicht möglich sei, eine ähnliche Konsularkonvention mit anderen amerikanischen Staaten, speziell mit Brasilien zu Stande zu bringen.

Bundeskommissar König: Es sind vom auswärtigen Amt schon mehrfach Versuche derart gemacht worden; aber sie lassen sich bei der großen Abneigung, die in Brasilien gegen Konsularkonventionen herrscht, sehr schwer realisieren. Einmal war allerdings schon ein paragraffirter Entwurf zu Stande gekommen, aber die Regierung glaubte ihn gar nicht erst dem Reichstage vorlegen zu sollen, da sie in keiner Weise auf seine Genehmigung rechnen konnte.

Damit ist die Spezialdebatte geschlossen, der Vertrag wird genehmigt und das Haus tritt in die Debatte über den Schleiden-Rapp'schen Antrag.

Abg. Dr. Rapp: Unser Antrag stellt kein neues Prinzip auf, sondern hat einzig die Absicht,

die Angehörigen beider pacifizierenden Mächte gleichzustellen. Der englische Text genügt nicht dem Sinne, welchen der deutsche ausdrückt, in den beiden Stellen, welche unser Antrag bezeichnet. Die amerikanischen Juristen gleichen darin ihren englischen Kollegen, daß sie sich bei Interpretationen von Gesetzesstellen mehr an den Wortlaut, als an den Geist des Gesetzes halten. Ich bin weit entfernt, das zu tadeln, da internationale Verträge striktissime gehandhabt werden müssen, aber dann müssen wir auch für den genauesten und ungewandtesten Wortlaut sorgen.

Bundeskommissar König nimmt den Text als hinlänglich klar in Schutz und weist nochmals darauf hin, daß property ebensoviel unbewegliches wie bewegliches Eigentum bedeute und daß „citizens“ in Art. 10 sowohl weibliche, wie männliche Staatsangehörige bezeichne.

Abg. Schleiden will dem nicht widersprechen. Aber in Verträgen der Vereinigten Staaten mit anderen Staaten sei Grundbesitz ausdrücklich mit real estate bezeichnet und es sei nicht richtig, weshalb diesmal der ungenauere Ausdruck gewählt werde. In Art. 10 gewinne es aus dem weiteren Wortlaut den Anschein, als ob unter citizens nur männliche Personen verstanden seien, und deshalb sei eine schärfere Präzision des Ausdrucks notwendig.

Der Antrag wird mit großer Majorität genehmigt.

Es folgt die dritte Beratung des Handels- und Schifffahrtsvertrages mit Portugal.

Zu demselben beantragen v. Rochau und v. Bennigsen folgende Resolution: Den Reichskanzler aufzufordern, bei Ratifikation des Vertrages in geeigneter Weise festzustellen, daß die in Artikel 18 gegebene Bestimmung bezüglich der Befreiung und Auslieferung von Schiffsfahrern auf Angehörige des Deutschen Reiches gemäß der Reichsgesetzgebung keine Anwendung finde.

Abg. Harckort erinnert daran, daß er seit Jahren für das Zustandekommen eines Vertrages mit Portugal thätig gewesen sei. Den Ruhm seines Abschlusses kann er jedoch nicht uneingeschränkt der deutschen Diplomatie zugestehen, sondern muß darauf hinweisen, daß Desterreich mit einem solchen schon vor Monaten vorangegangen sei.

In der Spezialdiskussion motiviert v. Rochau zu § 18 seinen Antrag damit, daß dieser Paragraph, indem er die deutschen Behörden zwingt, Desterreich von portugiesischen Schiffen auszuliefern, eine Lücke enthält, indem er nicht die Desterreich deutscher Nationalität ausnimmt. Der jetzige Wortlaut ermächtige Portugal, von Deutschland eventuell die Auslieferung eigener Staatsangehörigen zu verlangen, wozu nach dem Völkerrecht kein Staat verpflichtet sei.

Präsident Delbrück: Was ich vorgestern gesagt habe, halte ich auch heute aufrecht, daß deutsche Hafen-Verörden keinen Deutschen auszuliefern werden, auch wenn Portugal es verlangt. Unsere Hafen-Beamteten leben doch nicht in dem Zustande sinnlicher Unsicherheit, daß sie nicht von dem Grundsatze des Völkerrechts, daß kein Staat verpflichtet ist, seine eigenen Angehörigen auszuliefern, wissen sollten. Sie sind vertraut mit dem internationalen Recht, jeden Tag haben sie mit fremden Kapitänen zu verhandeln, jeden Tag die übertriebenen Ansprüche dieser Leute auf ihr rechtes Maß zurückzuführen. Bei dem Antrage Schleiden-Rapp handelte es sich darum, für die richtige Interpretation des Vertrages in Amerika zu sorgen; diesmal wollen die Antragsteller Vorkehrungen treffen, daß unsere eigenen Behörden aus Furcht vor Portugal nicht Dinge thun, welche mit dem Straßengesetzbuch ihres Landes im Widerspruch stehen. Man verzeihe mir den Ausdruck, aber ich sehe in dem Antrage etwas, was ich der Reichsregierung und dem Reichstage erspart sehen möchte.

Abg. Banks: Der Vertrag ist wörtlich von dem Handelsvertrage mit Italien abgeschrieben; nun diese eine Klausel ist fortgelassen. Als alleinigen Grund dafür führte vorgestern Herr Delbrück an, daß die Sache von selbst verlaufe. Nun hat ihn aber Herr Schleiden, ein erfahrener Kenner des Völkerrechts, gesagt, daß diese Voraussetzung nicht zuträffe, daß beispielsweise England und die Vereinigten Staaten von Amerika in der That ihre Angehörigen ausliefern. Da ist es doch wohl geboten, daß wir unsere Worte auf's Vorichtigste fassen. Wie soll irgend ein höherer oder niedriger Polizeibeamte in irgend einem kleinen Hafenorte sichere Kenntnis von Prinzipien haben, die selbst Herrn Schleiden, dem langjährigsten Vertreter deutscher Staaten im Auslande, zweifelhaft sind? Wie leicht kann da ein Unheil angerichtet werden, das sich nicht mehr redressieren läßt. Ich sehe für die Fortlassung dieser Klausel so wenig einen Grund, daß ich überzeugt bin, sie beruht nur auf einem Versehen des Abschreibers.

Abg. v. Rochau hat dem nur hinzuzufügen, daß wenn Herr Delbrück an die Würde des Reichstages appelliert habe, er seinerseits hoffe, der Reichstag werde durch Annahme des Antrages zeigen, wie er selbst seine Würde auffasse.

Abg. Schwarze hält den Antrag für überflüssig. Im Straßengesetzbuch sei der in Rede stehende Grundsatzerkennung und werde durch eine abweichende Bestimmung in einem Vertrage nicht alteriert. Von der Wissenschaft sei er auch als ein völkerrechtlich bindender anerkannt, wenn auch England und Amerika ihn in praxi nicht ausüben.

Abg. Banks: Jeder Vertrag, der von einer gesetzgebenden Versammlung genehmigt wird, ist Gesetz, er wird als solches interpretiert und hebt die Bestimmungen eines früheren Gesetzes, wenn er ihnen widerspricht, auf. Zweifelloso verpflichtet § 18 die deutschen Behörden zur Auslieferung deutscher Staatsangehöriger. Und selbst wenn die Sache zweifelhaft ist, wer hat sie zu entscheiden? Die Lokal-Polizeibehörden eines kleinen, entlegenen Hafenorts, denen man nicht zumuthen kann, sich in feinen, juristischen Finessen zurechtzufinden.

Abg. Bürger: Der Eifer der Antragsteller ist sehr ehrenwerth, aber unnötig; im weiteren Verlauf des § 18 — und aus dem Zusammenhang des Ganzen läßt sich doch nur eine Gesetzesstelle interpretieren — wird bestimmt, daß innerhalb zwei Monaten die verhafteten Desterreich in ihre Heimath zurückgeschafft werden müßten. Für Deutsche hätte diese Bestimmung aber gar keinen Sinn.

Abg. Banks: Wäre diese Auslegung richtig, so dürften deutsche Behörden nur Desterreich vor- tagelassener Nationalität verhaften; denn Desterreich englischer, französischer, italienischer u. s. w. Nationalität werden nicht in ihre Heimath, sondern nach Portugal geschickt.

Abg. v. Rochau: Im französischen Texte kommt das Wort „Desterreich“ gar nicht vor.

Abg. Graf Reist ist überzeugt, daß die deutschen Hafen-Verörden ihre Pflicht richtig verstehen und ausüben werden.

Der Vertrag wird darauf mit dem Antrage v. Rochau genehmigt.

Das Haus geht nunmehr zur ersten Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten über.

Bundeskommissar v. Schönerbach: Zweimal wurde im Reichstag des norddeutschen Bundes ein derartiger Gesetzesentwurf vorgelegt. In beiden Fällen verwies er die Vorlage an eine Kommission, welche 1869 nicht zum Abschluß ihrer Beratungen gelangte; 1870 dagegen hat sie nach 12 mühevollen Sitzungen ihre Aufgabe erledigt und es ist zwar nicht ein ausführlicher Bericht, wohl aber eine Zusammenstellung ihrer Beschlüsse mit der damaligen Vorlage zur Kenntnis des damaligen Hauses gelangt. Die gegenwärtige Vorlage nun unterscheidet sich von den beiden früheren in drei Punkten:

1. ist auf die inzwischen eingetretene Erweiterung des norddeutschen Bundes zu einem deutschen Reiche Rücksicht genommen, 2. haben die meisten Beschlüsse der Kommission vom Jahre 1870 in die gegenwärtige Vorlage Aufnahme gefunden und 3. sind die inzwischen ergangenen Reichsgesetze, so namentlich das Militärpensionsgesetz, bei den Bestimmungen über die Pension der Reichsbeamten zu Grunde gelegt worden. In drei Punkten weicht indessen die Vorlage von den Beschlüssen der Kommission vom Jahre 1870 ab. Der erste betrifft die Bestimmungen über die gerichtliche Verfolgbarkeit der Reichsbeamten. Der Entwurf hat im Wesentlichen die Bestimmung aufgenommen, daß ein Reichsbeamter in Zukunft diese Frage regeln soll. Bis zu dessen Erlaß aber sollen die Reichs-Beamten haften nach denselben Grundsätzen, wie sie die in den einzelnen Domizilen gegenwärtig geltenden Gesetze vorschreiben. Die Regierung hielt es für zweckmäßig, zunächst den Erlaß eines Gesetzes über den Zivilprozeß abzuwarten und darnach erst die hier in Betracht kommenden Verhältnisse definitiv zu regeln. Inzwischen ist Veranlassung genommen, bereits jetzt das Material über diese Frage zu sammeln, und es ist Auskunst gefordert und ertheilt über alle Bestimmungen, die gegenwärtig in den einzelnen deutschen Staaten bezüglich der Verfolgbarkeit der Beamten bestehen. Der zweite Punkt, in welchem die Vorlage von den Kommissionsbeschlüssen abweicht, bezieht sich auf die Militärbeamten. Bezüglich dieser bestimmt der Entwurf, daß besondere militärische Disziplinarkommissionen gebildet werden sollen, welche über Entlassung der Beamten dieser Kategorie zu entscheiden haben. Die Kommission vom Jahre 1870 schlug vor, diese Bestimmung zu streichen, so daß dann die Militär-Disziplinarkammer auch schon über diese Beamten zu entscheiden haben würde. Die Regierung ist der Ansicht, daß ein ausreichender Grund, von der hier gegebenen Bestimmung abzuweichen, nicht vorliegt, zumal sie bereits jetzt bestehendes Recht in einem großen Theile Deutschlands ist. Der dritte abweichende Punkt bezieht sich auf das Pensionswesen. Der Entwurf hält an der Steigerung um ein Achtzigstel des Gehaltes (nach dem Kommissionsantrage um ein Sechzigstel) fest. Dieses Gehalt war gerechtfertigt dadurch, daß das inzwischen erlangene Reichsgesetz über das Militärpensionsgesetz bereits 1/80 als geschätztes Quantum angenommen hat. Im Gegenjag zu diesen drei genannten Punkten hat der weit aus größere Theil der übrigen Vorschläge der Kommission von 1870 bei der gegenwärtigen Vorlage volle Berücksichtigung gefunden, insbesondere ist gemäß diesen Vorschlägen die Disziplinarkammer und der Disziplinarrhof der Art konstituiert worden, daß das richterliche Element auf die gewünschte Höhe gebracht ist. Die Regierung haben den lebhaften Wunsch, daß es dem Reichstage gelingen möge, diese wichtige Frage zu einem befriedigenden Abschlusse zu bringen, und sie wünschen dies vor Allem im Interesse der so zahlreichen Reichsbeamten. Es sind mehr als 300 Jahre her, daß das Beamtenwesen der deutschen Territorien in den Institutionen des Reiches erwuchs, heute soll sich ein neues deutsches Beamtenwesen aufbauen. Die Übergangsperiode, des deutschen Beamtenwesens war ausgezeichnet durch die Treue, wissenschaftliche Thätigkeit und den unabhängigen Sinn der Beamten; freilich hatte sie auch ihre Reberseite in dem Niedergang der Selbstverwaltung. Heute, wo diese Selbstverwaltung im Aufsteigen begriffen ist, hat die Macht und jener Glanz des Beamtenwesens wesentlich abgenommen. Aber geblieben ist ihm die unerschütterliche Treue, die Ehrenhaftigkeit und Gerechtigkeit. Mögen diese Eigenschaften der Beamten der deutschen Territorien als das beste Erbtheil beibehalten bleiben und übergehen auf die Beamten des neuen deutschen Reiches und möge auf dieser Grundlage das Beamtenwesen des deutschen Reiches neu erblühen und erstarken (Beifall).

Abg. Wagner (Altenburg) hält die Vorlage für sehr geeignet, in einer Kommission vorberathen zu werden, da über dieselbe jedoch aus dem Jahre 1870 ein bis zu § 70 sehr eingehender Kommissionsbericht bereits vorliegt, so beantragt er im Interesse der Zeitersparnis, diese Arbeit zu benutzen und über den ersten Theil des Gesetzesentwurfs bis § 70 sogleich in die Plenarberatung zu treten.

Den zweiten Theil der Vorlage, der von dem Disziplinarverfahren handelt, und die damit zusammenhängenden §§ 61 bis 66 (zwangsweise Veretzung in den Ruhestand) will er dagegen einer Kommission von 14 Mitgliedern zur Vorberathung überweisen.

Abg. v. Wald: Der Gesetzesentwurf enthält einen Gedanken, der mir so schädlich und überflüssig erscheint, daß ich das ganze Gesetz verwerfen würde; wenn nicht eine Aenderung in dieser Beziehung vorgenommen wird. Es ist dies der Gedanke der Disziplinaruntersuchung. Zwar glaube ich nicht, daß durch eine solche jedesmal unschuldige Beamte verurtheilt werden, doch ist es ein Ausnahmefall, und schon der Anstand, daß es einen fremdländischen Namen trägt, macht es verdächtig. (Heiterkeit.) Daß die Jugend auf den Schulen bis zu den Universitäten, daß der ganze Militärstand besondere Disziplinalgesetze hat, ist natürlich, denn hier ist die Zucht das Höchste; bei den Staats- oder wie sie hier genannt werden, Reichsbeamten trifft dies aber nicht zu. Entweder fallen die Vergehen, wegen deren sie zur Disziplinaruntersuchung gezogen werden, unter das allgemeine Strafgesetz oder — wenn es sich um leichtere Vergehen handelt — unter die Ordnungsstrafen. In beiden Fällen ist eine besondere Disziplinarstrafe überflüssig. Es ist übrigens kein neues Gesetz, sondern es besteht in Preußen seit langen Jahren. Im Herbst 1868 wurde ich wegen einer kleinen Schrift von der preussischen Regierung schwer verfolgt, man leitete gerichtlich eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung und zugleich ein Disziplinarverfahren gegen mich ein, in Folge deren mir mein kleines Amt als Privatdozent genommen wurde, das mir geblieben, nachdem man mich schon vorher aus der Fakultät als Professor ausgeschlossen hatte. In gleicher Weise wurde ein Parteigenosse, der nichts Anderes gethan, als daß er gesetzlich erlaubte Volksversammlungen besuchte und dort agitiert hatte, mit einer Disziplinar-Untersuchung bedroht. Gerade diese Drohung ist das Entsetzliche und erregt in dem Bedrohten den furchtbaren Schrecken. So wie in Preußen, existieren diese Bestimmungen in keinem andern deutschen Staate; ich kann dies aus eigener Erfahrung versichern, da ich in Braunschweig, Hannover und Württemberg längere Zeit thätig gewesen bin. In dem letzten Staate giebt es allerdings ein Disziplinalgesetz, welches härter ist als in den meisten andern deutschen Staaten, die Erfahrung hat aber namentlich im Jahre 1848 bewiesen, daß der Zweck, den man dadurch verfolgt, nicht erreicht wird. Wenn jenes große Uebel, das das Jahr 1866 über Deutschland verhängt hat, und das ich hier auf's Tiefste beklagen werde, durch göttlichen Willen irgend einen Nutzen bringen könnte, so wäre es die Möglichkeit, die preussische Einseitigkeit durch die besseren Elemente abzustumpfen; statt dessen wollen Sie die preussischen Einrichtungen auf Deutschland ausbreiten. Im Laufe der Session wird ein Antrag auf Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit hier zur Berathung kommen. Ich persönlich bin ein entschiedener Gegner der Aufhebung; die akademische Jugend steht noch unter der Zucht, und es ist gut, daß sie darunter bleibt, denn sie ist noch nicht mündig, sie kann es nicht sein und will es nicht sein; wenn Sie aber auf diesen Antrag eingehen sollten, dann kann die Disziplinaraufsicht über Beamte unmöglich länger bestehen bleiben. Aus diesem Grunde werde ich gegen das Gesetz in seiner jetzigen Fassung stimmen.

Abg. Kannegeiser: Ich freue mich, daß der wichtige Gesetzesentwurf uns diesmal rechtzeitig genug vorgelegt worden ist, um zum Abschluß gebracht werden zu können, und daß er eine annehmbare Basis für eine Verständigung bietet. In der Fassung, wie er jetzt vorliegt, läßt er freilich Manches zu wünschen übrig. Zunächst ist zu bedauern, daß der bereits 1869 getragene Mangel, daß unter den im Gesetze aufgeführten Reichsbeamten nicht auch die Beamten des Reichstages aufgeführt sind, auch diesmal wieder erscheint. Das sämtliche Beamte der Regel nach auf Lebenszeit angestellt werden, ist im Interesse ihrer Unabhängigkeit und der Sicherheit ihrer Wirksamkeit gewiß nur zu billigen. Ebenso wird man damit einverstanden sein müssen, daß der Staat seinerseits als notwendiges Korrelat jenes Grundgesetzes Garantien für die Sicherung der Staatsinteressen jenen Beamten gegenüber sucht, und namentlich ein junges Staatswesen kann deshalb einer festen Disziplinargesetzgebung kaum entbehren, obwohl ich nach meinen persönlichen Erfahrungen ihr nie einen besonderen Gehmach abgenommen habe. Ob die Schranken in dieser Beziehung in dem Gesetze richtig gegriffen worden sind, scheint mir eine offene Frage, deren Beantwortung bei der Driftigkeit der Motive von den Erläuterungen abhängen wird, die ich seitens des Regierungsrathes bei der Spezialberathung erwarte. Wenn der Vorredner sich an der Disziplinargesetzgebung deshalb hält, weil dieselbe ein Fremdwort ist, so ist das Geschmach. Ich verdanke der Disziplin meiner Jugendzeit sehr viel, gewiß ebensoviel, wie den Universitätsprofessoren. (Heiterkeit.) Wenn der Abg. v. Wald andererseits das Disziplinargesetz als eine spezifisch preussische Einrichtung verdammt, so erinnere ich ihn doch an jene Zeit, aus welcher sein Name in Verbindung mit denen der übrigen vertriebenen jeds Wöttinger Professoren beim deutschen Volk noch in gutem Andenken steht. Unter dem Ministerium Borries wurden die Beamten konsequent diszipliniert und geregelt. Preußen selbst hat zwei Professoren, die in Hannover bei Nacht und Nebel weggesagt wurden, bei sich aufgenommen. Wenn der Vorredner jede Disziplinargesetzgebung für überflüssig hält, weil das Kriminalgesetz ausreicht, so ist er im Irrthum. Wenn ein Beamter sinnlos beurlaubt öffentlich ein Verbrechen begeht, so kann er als unzurechnungsfähig von einem Gerichtshof freigesprochen werden, und doch wird Niemand wollen, daß ein solcher sein Amt weiter fortführe. Wenn ein Beamter stiehlt, so braucht der Gerichtshof, wenn es sich um Kleinigkeiten handelt, ihm nicht die Ehrenrechte abzuspüren, er würde also ebenfalls in seinem Amte bleiben können, womit der

Abg. Gwald schwerlich einverstanden sein würde. Wenn ich also auch eine Disziplinargesetzgebung für notwendig halte, so genügen mir doch die in dem vorliegenden Gesetz enthaltenen Bestimmungen durchaus nicht. Spezialisten lassen sich die einer Disziplinaruntersuchung unterliegenden Vergehen nicht, und wo man es versucht hat, wie in Sachsen und Oldenburg, da hat man fehlgegriffen. Man muß sich also mit dem allgemeinen Ausdruck „Verletzung der Dienstpflicht“ begnügen, gerade deshalb aber ist es notwendig, Garantien zu suchen, welche die Beamten gegen Willkür sicher stellen. Solche Garantien finde ich aber weder in der Zusammensetzung der entscheidenden Behörde noch in dem Verfahren, das einerseits die volle Gewährung der Mündlichkeit und Öffentlichkeit vermischen läßt und andererseits die Vertheidigung in der erheblichsten Weise beschränkt. Bezüglich der Verantwortlichkeit der Beamten hat der Bundeskommissar und mit der Bemerkung abzufinden gesucht, es sei dies ein rein theoretischer Satz ohne praktische Bedeutung. Dies ist keineswegs der Fall; die Verantwortlichkeit würde die Beamten dagegen schützen, daß das Konfliktgesetz in Preußen auf sie Anwendung findet. Das Resultat der Beratungen der Zivilprozeßordnung abzuwarten haben wir gar keine Veranlassung, da dasselbe mit der Verantwortlichkeit in gar keinem Zusammenhange steht. Wenn endlich an das Ansehen des Beamtenstandes in den letzten Jahrhunderten erinnert wurde, daß in den Eigenschaften der Treue und der Gerechtigkeit begründet ist, so stimmen wir damit gewiß vollkommen überein; wollen wir dem Beamtenstande aber diesen Glanz erhalten, dann müssen wir die Verantwortlichkeit vor dem Gesetz zur Grundlage der Vorlage machen.

Abg. Reichensperger (Krefeld) stimmt dem Vorredner bezüglich der angeregten Bedenken vollkommen bei und befürwortet deshalb die Ueberweisung an eine Kommission.

Die Diskussion ist hiermit geschlossen. Das Haus beschließt dem Antrage des Abg. Wagner gemäß, den zweiten Theil der Vorlage einer Kommission von 14 Mitgliedern zur Vorberatung zu überweisen.

Es folgt die erste Beratung über das Brauereisurrogat-Gesetz, die von dem Bundeskommissar Fißigraß durch einen erläuternden Vortrag eingeleitet wird. Derselbe hebt namentlich die Vorzüge der Materialbesteuerung gegenüber der Fabriksteuer hervor, die alle Biere, ohne Rücksicht auf Stärke und Gehalt in gleichem Maße

treffe, und also eigentlich die Menge des in dem Biere enthaltenen Wassers besteuere. Für die Materialsteuer hätten sich deshalb auch die meisten Brauereibesitzer selbst erklärt. Wähle man indessen diesen Modus der Besteuerung, so werde man notwendig auch zu einer Besteuerung der Malzsurrrogate gedrängt, wie der Gesetzentwurf vorschläge. Für die Brauer möge eine solche Steuer nicht angenehm sein, sie liege aber im Interesse der Konsumenten. Wenn früher das Zollparlament sich einer Besteuerung des Stärkezuckers und des Stärkesyrups abgeneigt gezeigt habe, so könne dies gegen die jetzige Vorlage nicht als Präzedenz gelten. Damals habe man allen Stärkezucker besteuern wollen, jetzt solle nur der zur Bierfabrikation bestimmte, also etwa ein Drittel der ganzen Produktion besteuert werden.

Abg. Sombart bedauert zunächst, daß die Vorlage nicht eine einheitliche Besteuerung für das ganze Reich herbeiführe. Die Vorlage lasse nicht nur Scheidelinien zwischen Süd- und Norddeutschland fortbestehen, sondern gebe auch noch den Staaten Meiningen, Koburg und Reuß eine Ausnahmestellung. Am besten thue man, die hohe Biersteuer Baierns, des Normallandes für Bier, anzunehmen. Dort liefere die Steuer den höchsten Ertrag, während das Bier gleichzeitig am besten und billigsten sei. Mit Hilfe der dadurch herbeigeführten Erhöhung der Einnahmen könne man dann die Salzsteuer ganz beseitigen. Außerdem enthalte das Gesetz auch technische Fehler, indem es z. B. zwei ganz verschiedenartige Gegenstände wie Rohrzucker und Traubenzucker in einen Topf werfe. Er beantragt deshalb die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Frhr. v. Soverbeck stimmt diesem Antrage bei, erklärt sich jedoch gegen die vom Vorredner gewünschte Erhöhung der Biersteuer. Zur Beseitigung der Biersteuer bedürfe man eines solchen Opfers nicht, und andererseits sei es für den Norden von hohem Interesse, billiges Bier zu haben, um dem Branntweingenuß entgegenzutreten. Er stimme deshalb zwar im Interesse der Konsumenten, die man gegen die überhandnehmende Verfälschung des Bieres schützen müsse, für die Besteuerung der Malzsurrrogate, wünsche aber, daß der dadurch gewonnene Mehrbetrag zu einer Herabsetzung der ganzen Brausteuer verwendet werde.

Abg. Kannegießer: Die Vorlage bezieht sich hauptsächlich der Zollvergehen auf das seit dem

Jahre 1869 bestehende Reichsstrafgesetz. Dieses Gesetz aber nimmt rückwärts des materiellen Strafrechts in den allerwichtigsten Punkten, so in Betreff des Rückfalls, der Verjährung, der Strafverfolgung und anderer Bestimmungen Bezug auf die einzelnen Landesstrafgesetze. Nun kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß man nicht die Absicht haben kann, die alten Landes-Strafgesetze zu revidieren. Die Absicht der Vorlage bleibt somit in vielen Bestimmungen unklar. Aus diesen juristischen Erwägungen erscheint mir die Verweisung der Vorlage an eine Kommission in hohem Grade wünschenswerth und gerechtfertigt.

Abg. Richter: Ich meine, die Frage der Biersteuer Einheit, die auch ich als wünschenswerth anerkenne, kann nicht bloß auf Grundlage des einen oder des andern Biersteuer-Gesetzes erzielt werden, dazu bedarf es tief eingreifender Finanzreformen. Ich glaube, wir werden die Biersteuer-Einheit nur dann erreichen, wenn wir dazu übergehen, an Stelle der indirekten Steuern eine direkte Reichs-Einkommensteuer einzuführen, und in dieser Richtung allein, nicht wie der Abg. Sombart anstrebt, in einer Vermehrung der indirekten Steuer, liegt für mich die Zukunft unserer Steuerreform. Freilich so lange die gegenwärtigen Finanz-Autoritäten im Amte sind, werden wir wenig Aussicht zu solcher Reform haben. Mir erscheint die gegenwärtige Vorlage als ein verspäteter Nachbäumling des verstorbenen Finanzministers v. d. Heydt und es handelt sich dabei, wie ich bei der Spezialdebatte des Näheren darthun werde, um weiter Nichts, als um eine einfache Plusmacherei. Ein solche Mehreinnahme aber der gegenwärtigen Regierung zu bewilligen, dazu habe ich nicht die geringste Veranlassung. Wäre es der Regierung wirklich nur um Herstellung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts zu thun, dann sollte sie dies dadurch beweisen, daß sie die erhöhten Einnahmen der Surrogatsteuer dazu verwende, die 20 Sgr. betragende Braumalzsteuer auf 18 oder 17 Sgr. herabzusetzen.

Abg. Dernburg ist gegen die Verweisung an eine Kommission, welche das Zustandekommen des an sich wünschenswerthen Gesetzes durch das Hineinziehen technischer Schwierigkeiten in hohem Maße gefährde.

Abg. Graf Solms-Laubach für Verweisung an eine Kommission.

Abgeordneter Frhr. von Rabenau: Die

Notwendigkeit der einheitlichen Besteuerung ist niemals weder im norddeutschen noch im gegenwärtigen Reichstage von irgend einer Seite bestritten worden. Die Bundesregierung hat sich nun dazu entschlossen, durch diese Vorlage das System, welches in dem größten Theil des Zollgebietes bereits Geltung hat, auch auf den übrigen Theil zu übertragen, und ich begreife daher die Polemik des Abg. Richter gegen das Gesetz nicht. Ich bin gegen eine Kommission; ich glaube, das Gesetz wird darin begraben bleiben und wir werden zu keinem Resultate kommen.

Abg. Richter: Ich habe das Wünschenswerthe der einheitlichen Besteuerung anerkannt und weiß auch, daß der Vorredner mit großer Konsequenz dafür eingetreten ist; ich meine aber diese Seite der Sache ist hierbei von höchst untergeordneter Bedeutung gegenüber der fiskalischen Tendenz des Gesetzes. Meine Herren! In diesem Augenblicke kündigt der englische Finanzminister einen Steuererlaß von 22 Millionen an. Unsere Zolleinkünfte sind ebenso günstig wie die englischen; wir haben soeben 2 Milliarden einkassiert und doch bewegt in dieser selben Stunde unseren Reichsfiskus nichts Anderes, als daß er eifrig darüber nachdenkt, ob nicht irgendwo der deutsche Reichsbürger ein Glas Bier trinkt, von dem der Staat noch nicht den gehörigen Steuer-Obolus abgezapft hat. Darauf beschränkt sich sein ganzes Sinnen und Trachten, das ist seine ganze Finanzpolitik. Meine Herren! Diese homöopathische Finanzpolitik steht meiner Ansicht nach nicht auf der Höhe, welche die Verwaltung eines großen Reiches einnehmen soll. — Ich bin der Meinung, daß die zweite Lesung dieses Gesetzes nicht eher stattfinden kann, als bis die zweite Lesung des Stats, und namentlich die Einnahme aus Zöllen und Verbrauchssteuern, auf der Tagesordnung steht. Ich kann aber schon jetzt sagen, daß ich nicht gesonnen bin, irgend welche Erhöhung einer indirekten Steuer zu bewilligen, bevor nicht die Aufhebung der Salzsteuer gesichert ist.

Der Antrag auf Verweisung an eine Kommission und zwar von 14 Mitgliedern, wird hierauf angenommen.

Schluß der Sitzung 3 1/2 Uhr; nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Wahlprüfungen und erste Beratung des Gesetzes, betreffend den Rechnungshof.